

menbedingungen verursacht wurde, noch nicht annähernd bewältigt.

Am Stand der Altschulden – das war ja gerade schon Thema – lässt sich das wunderbar ablesen. Eine Vielzahl von Kommunen in NRW schiebt einen Berg von Schulden aus grauer Vorzeit vor sich her, den sie realistisch nicht abbauen können. Das wissen hier alle. Mittlerweile bestreitet es zum Glück auch keiner mehr.

Jetzt wäre jahre- und jahrzehntelang die Gelegenheit gewesen, dieses Problem zu ausgesprochen günstigen Zinsen abzubauen. Hessen zum Beispiel, ein Land mit vergleichbaren Problemen, hat das gemacht. Nicht so in NRW! Hier hat zuerst Rot-Grün und dann Schwarz-Gelb die Niedrigzinsphase verschlafen und wie so oft mit dem Finger auf andere gezeigt. Der Bund solle das Problem lösen, hieß es immer wieder, zuletzt von einer CDU-Ministerin – die gerade leider nicht zuhört –, während die Bundesregierung von der CDU gestellt wurde.

Nun ist die Niedrigzinsphase vorbei – Gott sei Dank, muss man aus Sicht der Sparer sagen; Gott sei Dank, muss man sagen, wenn man sich die Inflationsszahlen anschaut. Aber genau jetzt, in diesem dümmsten aller Momente, wenn die Zinsen steigen, möchten Sie, möchte die Landesregierung die Altschulden der Kommunen angehen.

Sie hofft dabei wieder mal – so hat man es auch gerade wieder gehört, und so steht es auch im Koalitionsvertrag – auf den Bund. Wir alle wissen, dass das Augenwischerei ist.

Nicht nur das – es wäre auch hochgradig unfair, wenn wir ehrlich sind. Sie wollen Kosten, die in NRW verursacht und verschuldet wurden, auf den Bund umlegen, und das, obwohl die Mehrzahl der Bundesländer solche Probleme gar nicht kennt. Sie haben jahrzehntelang das Konto überzogen und wollen jetzt eine Umlage in der Nachbarschaft erheben, um Ihre Rechnungen zu bezahlen. Ich glaube nicht, dass Bayern und Baden-Württemberg da mitmachen wollen, und kann es ihnen auch nicht verdenken.

Immerhin: Für diesen höchstwahrscheinlichen Fall hat unsere Landesregierung sogar versprochen, das Problem endlich selbst anzugehen – zumindest kündigen Sie das wieder mal an und kündigen außerdem an, Verantwortung zu übernehmen. Wir müssen uns von der Ministerin hoffentlich nicht noch einmal fünf Jahre die alte Leier vom Warten auf die Kollegen im Bund anhören. Meine Damen und Herren von CDU und Grünen, wir sind gespannt, wann dieser Ankündigung Taten folgen.

Sie sollten sich beeilen, denn die Rahmenbedingungen für eine Entschuldung der Kommunen werden in der nächsten Zeit nicht besser werden. Vielmehr deutet vieles darauf hin – aber wem sage ich das, Sie

haben es ja selbst mitverschuldet –, dass die Lage noch schlimmer wird.

Hinzukommt – auch das geht auf Ihre Kappe – eine neue Migrationswelle, die die von 2015, während wir auch deren Folgen noch nicht ansatzweise bewältigt haben, wahrscheinlich noch übertreffen wird. Das alles wird unsere Kommunen noch weiter belasten, während auf der Einnahmenseite mit einem Rückgang zu rechnen ist und Kredite immer teurer werden.

Sie haben also keine fünf Jahre Zeit, wieder auf andere zu warten. Sie müssen jetzt handeln. Wir jedenfalls werden Sie an diesen Ankündigungen messen – insbesondere auch die Damen und Herren von den Grünen, die fünf Jahre nach einer Lösung für das Altschuldenproblem geschrien haben. Jetzt sind Sie an der Reihe und können es auch machen. Also übernehmen Sie endlich Verantwortung. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Christof Rasche: Vielen Dank. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Somit kommen wir zu zwei Abstimmungen.

Wir kommen erstens zur Abstimmung über die Überweisung des Haushaltsgesetzes 2023. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Gesetzentwurfes Drucksache 18/1200 an den Haushalts- und Finanzausschuss federführend sowie an die zuständigen Fachausschüsse mit der Maßgabe, dass die Beratung des Personalhaushaltes einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines Unterausschusses Personal erfolgt. Wer stimmt dieser Überweisung zu? – Das sind SPD, Grüne, CDU, FDP und AfD. Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? – Das ist auch nicht der Fall. Damit ist diese **Überweisungsempfehlung angenommen**.

Wir kommen zweitens zur Abstimmung über die Überweisung des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2023. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Gesetzentwurfes Drucksachen 18/1100 und 18/1402 an den Haushalts- und Finanzausschuss federführend sowie an den Ausschuss für Heimat und Kommunales. Wer stimmt dieser Überweisung zu? – SPD, Grüne, CDU, FDP, AfD. Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? – Das ist auch nicht der Fall. Somit ist auch diese **Überweisungsempfehlung angenommen**.

Wir machen weiter mit:

Beginn: 10:01 Uhr

Präsident André Kuper: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich heiÙe Sie herzlich willkommen zu unserer heutigen, 11. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen. Mein GruÙ gilt auch den Gästen auf der Zuschauertribüne, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien und den Zuschauerinnen und Zuschauern an den Bildschirmen.

Für die heutige Sitzung haben sich drei Abgeordnete entschuldigt; die Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

(Präsident André Kuper tritt an das Redepult.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Verehrte Frau Generalkonsulin Karaarlan auf der Tribüne! Sehr geehrter Herr Vorsitzender des Landesintegrationsrates Keltek! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mevlüde Geç ist gestorben. Der 29. Mai 1993 hat ihr Leben und das ihrer Familie jäh zerrissen. Auch im Selbstbild unseres Landes hat der von Rechtsextremen verübte Brandanschlag auf das Solinger Wohnhaus der Familie Geç tiefe und bleibende Narben hinterlassen.

Mevlüde Geç wurde damals mit einem der schlimmsten menschlichen Schicksale auf dieser Welt konfrontiert. Sie verlor auf einen Schlag zwei Töchter, zwei Enkelkinder und eine Nichte. Wir vermögen uns den Schmerz nicht vorzustellen, den Mevlüde Geç lebenslang tragen und aushalten musste. Doch sie hat diesen Schmerz nicht in Vergeltung aufgelöst, im Gegenteil. In einem Interview mit dem WDR sagte sie vor einigen Jahren:

„Ich habe fünf Kinder an einem Tag verloren und am selben Tag in Särge gelegt. So etwas ist nicht einfach. Ich habe mein Wertvollstes verloren, einen Teil von mir. Und ich habe trotzdem nicht mit Hass reagiert, sondern mit Liebe und Respekt. Wir sind Menschen und müssen einander respektieren und wertschätzen. Wir müssen einander helfen und gegenseitig verstehen.“

Das sind Sätze einer großen und starken Frau, einer beeindruckenden Botschafterin für den Frieden. Die Haltung, die dahinter steht, brauchen wir auch heute sehr dringend, wenn wir an die jüngsten Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte denken. Mevlüde Geç ist Hass und Gewalt mit Vergebung und Liebe entgegengetreten – trotz unermesslichen persönlichen Leids.

Sie bleibt uns Vorbild für ein Miteinander in Versöhnung und Aussöhnung über ihren Tod hinaus. Lassen Sie uns diese Botschaft ihres Lebens auch zukünftig zum Kompass unseres eigenen Handelns machen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, soweit möglich, sich im Gedenken an Mevlüde Geç von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Ich danke Ihnen.

Ich rufe auf:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2023 (Haushaltsgesetz 2023)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/1200

Finanzplanung 2022 bis 2026
Vorlage 18/342

erste Lesung

In Verbindung mit:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2023 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2023 – GFG 2023)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/1100
Drucksache 18/1402 – Ergänzung

erste Lesung

Ich eröffne die Aussprache zum Entwurf des Haushaltsgesetzes 2023 und erteile für die Landesregierung Herrn Minister Dr. Optendrenk das Wort.

Dr. Marcus Optendrenk, Minister der Finanzen: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nordrhein-Westfalen ist ein starkes Land. Es wird getragen durch das Miteinander der Menschen, durch Solidarität und Hilfsbereitschaft. Selbst in schwierigsten Zeiten gibt es immer wieder Lichtblicke, gibt es bemerkenswerte Persönlichkeiten und Vorbilder, die uns dieses Miteinander vorleben.

Einer solchen Persönlichkeit, Mevlüde Geç, haben wir eben gedacht. Sie hat auch in schwierigsten Zeiten den inneren Kompass nicht verloren. Sie hat mit großer Stärke anderen Menschen den Weg des Miteinanders aufgezeigt.

Gerade in diesen schwierigen Zeiten, in denen Hass und Gewalt auf der Welt wieder zunehmen, ist es wichtig, dass wir uns auf gemeinsame Stärken besinnen und die Herausforderungen auf allen Ebenen

gemeinsam und in einem verantwortlichen Miteinander angehen.

(Beifall von der CDU, den GRÜNEN und der FDP)

Wir befinden uns in einer extremen und außergewöhnlichen Situation. Die seit über zweieinhalb Jahren andauernde Coronapandemie hat unser aller Leben verändert. Diese Krise machte nicht nur weitreichende Maßnahmen zum Schutz der öffentlichen Gesundheit erforderlich, sondern es bedurfte auch zahlreicher und außergewöhnlicher wirtschaftspolitischer Maßnahmen.

Gerade als wir dabei waren, die Pandemie unter Kontrolle zu bringen, kam am 14. und 15. Juli letzten Jahres die furchtbare Unwetterkatastrophe dazu. In dieser Nacht hat eine Jahrhundertflut Teile von Nordrhein-Westfalen schwer getroffen und viele Menschenleben gekostet.

Der russische Vernichtungskrieg in der Ukraine, der auch ein Angriff auf die Weltordnung, die Menschenwürde und die Menschenrechte ist, beschäftigt uns täglich. Unterbrochene Lieferketten und eine Energiepreiskrise mit hohen Strom- und Gaspreisen haben darüber hinaus die Inflation weiter angetrieben, steigende Zinsen verursacht und lassen eine Rezession immer wahrscheinlicher werden. Die Wirkungen für die Menschen sind jeden Tag greifbar.

Mehrere Katastrophen in so kurzer Zeit haben in Nordrhein-Westfalen wie auch in den Ländern um uns herum Spuren hinterlassen. Hinzu kommen die großen Herausforderungen wie die für uns alle spürbaren Folgen des Klimawandels, die demografische Entwicklung und der sich verstärkende Fachkräftemangel, der sich in vielen Bereichen ebenfalls schmerzlich zeigt. Es bedarf daher besonderer Anstrengungen, um für die Zukunft gut aufgestellt zu sein. Dabei dürfen wir nicht nur an die kurzfristige Zukunft denken, sondern wir müssen auch die Interessen der nachfolgenden Generationen klar im Blick haben.

In diesem gesellschaftlichen sowie finanz- und wirtschaftspolitisch anspruchsvollen Umfeld gilt es, den Haushalt für das Jahr 2023 aufzustellen. Dabei haben Entscheidungen auf Bundesebene viele Prozesse leider zusätzlich erschwert; sie engen die aktuellen Handlungsspielräume für uns noch weiter ein.

Beim Entlastungspaket III der Bundesregierung pokert der Bundeskanzler seit Wochen und verweigert bisher eine faire Lastenverteilung. Heute sitzen die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit dem Bundeskanzler erneut in Berlin zusammen, um über die einzelnen Maßnahmen zu beraten, die für unser Land von großer Bedeutung sind, um die Energiekrise sozial gerecht für die Menschen abzupuffern und die Wirtschaft zu stabilisieren.

Wir alle hatten uns nach der Ministerpräsidentenkonferenz mit dem Bundeskanzler Ende September/An-

fang Oktober mehr Klarheit erhofft, aber diese Klarheit ist damals nicht eingetreten.

Unklar ist nach wie vor, wie die Lastenverteilung zwischen dem Bund und den Ländern insbesondere bei wichtigen Themen wie dem Wohngeld, der Finanzierung der Nachfolge des 9-Euro-Tickets im Verkehrsbereich sowie bei der Flüchtlingsfinanzierung aussieht. Unklar ist aber auch, wie die Gas- und Strompreisbremse im Einzelnen wirken sollen und wie der Bund die Ausgestaltung des geplanten Härtefallfonds vorsieht.

Der Ankündigung großer Zahlen sind bisher kaum konkrete Fakten gefolgt. Das alles verantwortet der Bundeskanzler. Er gibt den Menschen, den Unternehmen und den Kommunen große Zahlen, aber keine Antworten auf ihre drängendsten Fragen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Erst wenn klar ist, was der Bund im Einzelnen vorhat, werden wir in Nordrhein-Westfalen wissen, ob und wo es weitere Hilfen geben muss. Selbstverständlich bereiten wir uns auf alle denkbaren Szenarien vor, aber handeln können wir erst, wenn wir die Rahmenbedingungen kennen. Alles andere wäre blinder Aktionismus, den man aus Sicht der Opposition fordern kann, der Rolle entsprechend vielleicht auch fordern muss. Eine Landesregierung, die mit dem Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler verantwortungsvoll umgeht, darf solchen Forderungen aber nicht nachgeben.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Im Übrigen gibt es derzeit schon ein funktionierendes Instrumentarium, das den Unternehmen in Krisensituationen helfen kann und ihnen die notwendige Liquidität zur Verfügung stellt. Bei uns sind das in erster Linie die umfangreichen Angebote der NRW.BANK, aber auch der Bürgschaftsbank Nordrhein-Westfalen. Zudem stellt das Wirtschaftsministerium zahlreiche Beratungsangebote zur Verfügung. Nur noch einmal zur Erinnerung: Die Ursache der Verzögerungen liegt in Berlin. Der Schlüssel für eine Lösung liegt daher ebenfalls dort.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Aufgrund der bestehenden Unklarheiten und Unsicherheiten müssen wir auch mit dem Haushalt 2023 zunächst auf Sicht fahren. Wir legen Ihnen deshalb zunächst einen Basishaushalt vor. Dieser enthält die Maßnahmen des Entlastungspaketes

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

weder auf der Einnahmen- noch auf der Ausgaben-seite, da deren Belastungshöhe für den Landeshaushalt derzeit noch nicht bezifferbar ist.

Was umfasst dieser Basishaushalt, und wo setzen wir Prioritäten?

Erstens. Der Basishaushalt enthält alles, wozu wir rechtlich aufgrund von Bundes- und Landesgesetzen verpflichtet sind. Das sind alle gesetzlichen Leistungen und in der Vergangenheit eingegangene Verpflichtungen des Landes.

Zweitens sind selbstverständlich alle Personalkosten umfasst, die wir für die aktuellen Beschäftigten sowie die Pensionärinnen und Pensionäre leisten. Die Personalausgaben in Höhe von 32 Milliarden Euro machen rund 34 % des gesamten Haushalts aus.

Drittens ist die Weiterfinanzierung der Maßnahmen aus dem Nachtragshaushalt 2022 prioritär. Der Nachtrag enthält bereits politische Schwerpunkte der neuen Landesregierung, auf die wir uns verständigt hatten und die wir entsprechend weiterfinanzieren werden.

Gemeint sind etwa das Alltagshelferprogramm in den Kitas und das OGS-Helferprogramm.

Die schrittweise Anhebung der Eingangsbesoldungen auf A13 für Lehrerinnen und Lehrer an Grundschulen und in der Sekundarstufe I ist ebenfalls enthalten.

Bei den Landesmaßnahmen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge nach dem FlüAG sind angesichts der drastischen Entwicklung, die wir derzeit sehen, weitere Mittel zu veranschlagen.

Allein die Ausfinanzierung des Nachtragshaushalts 2022 im jetzt vorgelegten Haushaltsentwurf 2023 führt bereits zu einer Haushaltsbelastung von rund 750 Millionen Euro.

Viertens müssen rechtliche und sonstige Zwangsläufigkeiten umgesetzt werden, beispielsweise im Bereich der Jugendhilfe, des Landeskinderschutzgesetzes oder der Beschulung aus der Ukraine Geflüchteter. Hieraus resultieren Belastungen in Höhe von rund 375 Millionen Euro.

Fünftens entstehen Haushaltsmehrbelastungen in Höhe von 465 Millionen Euro im Vergleich zur alten Finanzplanung aufgrund sonstiger Zwangsläufigkeiten in den Ressorts. Hier sind insbesondere Kostensteigerungen für Energie und Benzin, die Erstattung von nicht refinanzierten Mehrbelastungen für die Universitätskliniken sowie Mehrbelastungen aus der Betreuung und Sicherheitsdienstleistungen in Unterbringungen für Flüchtlinge zu nennen.

Sechstens gibt es Haushaltsbelastungen durch die Bereitstellung von zusätzlichen Kofinanzierungsmitteln für Bundes- und EU-Mittel, auf die wir selbstverständlich nicht verzichten wollen.

Es gibt neben den ursprünglich vorhandenen Handlungsspielräumen aber auch weitergehende Zwangsläufigkeiten, die wir entsprechend umsetzen wollen. Wir starten weitere politische Prioritäten über die Festlegung des Nachtragshaushalts hinaus und geben damit die Möglichkeit, wichtige Projekte zu

beginnen. Insgesamt sind für diesen Teil rund 482 Millionen Euro vorgesehen.

Darin enthalten sind Projekte zur Transformation und Klimafolgenanpassung.

Wir nehmen zusätzliche Mittel für die soziale Begleitung von Kindern und Jugendlichen, für die berufliche Bildung sowie für Studierende in die Hand.

Wir investieren in neue Projekte für mehr Sicherheit, Katastrophenschutz, Cybersicherheit und Krisenbewältigung.

Für soziale Projekte in den Bereichen „Gesundheit“, „Stärkung des Ehrenamtes“ und „Sport“ werden ebenfalls zusätzliche Mittel bereitgestellt.

Wir erleben derzeit angespannte Zeiten. Deshalb sind eine zukunftsorientierte Finanz- und Wirtschaftspolitik, eine stabilitätsorientierte verlässliche Finanzpolitik so wichtig. Für einen soliden und zukunftssicheren Landeshaushalt ist deshalb mehr als sonst eine strenge Ausgabendisziplin erforderlich. Das bedeutet eine klare Priorisierung von Ausgaben-schwerpunkten im Rahmen der bestehenden Haushaltsspielräume, und das bedeutet: Wir bleiben verlässlich. Das ist einer der Eckpfeiler unserer Haushaltspolitik.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

In vielen Bereichen – das erleben wir jeden Tag – steigen die Preise drastisch, allen voran die Energiepreise, aber nicht nur die. Bei vielen Menschen geht die Angst um, wie es im Winter weitergehen soll.

Auf der Ebene des Landes treffen wir bereits Vorsorge. Im Basishaushalt sind zunächst 170 Millionen Euro zusätzlich für die Energiekosten der Landesliegenschaften vorgesehen. Darüber hinaus schaffen wir eine Absicherung in Höhe von weiteren 300 Millionen Euro für weitere, möglicherweise auftretende Energiekostensteigerungen, soweit sie von den Bundesmaßnahmen nicht gedeckt oder abgepuffert werden. Von dieser Vorsorge können auch wieder Landesliegenschaften, Hochschulen, aber auch soziale Einrichtungen in freier Trägerschaft, freie Träger im Bereich der Jugendarbeit und viele andere profitieren.

Der Staat muss den Menschen und Unternehmen dabei helfen, die immensen Kosten infolge der Energiekrise aufzufangen. Die geplanten Entlastungspakete des Bundes sind deshalb grundsätzlich richtig und wichtig. Denn es ist zuallererst Aufgabe des Bundes, Maßnahmen zur Konjunkturstabilisierung zu ergreifen. Das ist auch die Aufgabenverteilung des Grundgesetzes.

Diese Maßnahmen haben allerdings zugleich starke Auswirkungen auf die Landeshaushalte. Ich will Ihnen das an einem Beispiel erläutern:

In Nordrhein-Westfalen schlägt allein die Absenkung der Umsatzsteuer auf Gaslieferungen in diesem und in den nächsten Jahren mit über 1 Milliarde Euro zu Buche. Insgesamt reden wir bei dem Entlastungspaket III von Belastungen für das Land von voraussichtlich rund 3 Milliarden Euro im Jahr 2023.

Es ist zwingend, dass die Bundesregierung mit ihren Hilfspaketen nicht nur die großen Player des Energiesektors bei der Bewältigung der Gaspreiskrise unterstützt, sondern gerade auch die kommunalen Energieversorger, denn ohne sie ist die Energieversorgung nicht zu sichern. Hier hilft nur eine ganzheitliche Lösung. Darauf drängen wir in den Verhandlungen in Berlin.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Die Landesregierung stärkt unsere Kommunen auch über das Gemeindefinanzierungsgesetz 2023; das wird die Kollegin Scharrenbach gleich noch etwas grundsätzlicher ausführen. Von mir schon der Hinweis: Es handelt sich immerhin um 1,2 Milliarden Euro mehr als im Jahr 2022. Damit steigt das Volumen des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2023 auf 15,2 Milliarden Euro, eine Steigerung von rund 8,3 % gegenüber dem Vorjahr.

Neben den ernststen geopolitischen Konflikten, einer Coronapandemie, die wir noch nicht vollständig bewältigt haben, sowie der aktuellen Energiekrise erleben wir seit dem Frühjahr auch einen rasanten Zinsanstieg. Die höheren Zinsausgaben haben ihre Ursache in der Zinswende der Europäischen Zentralbank. Sie bekämpft damit – für viele erst viel zu spät – die extrem gestiegene Inflation.

Für den Landeshaushalt sind erhebliche Ausgabensteigerungen für Zinsen eingeplant. Hinzu kommt der Wegfall von erwarteten Agio-Einnahmen, die den Zinstitel des Haushaltes zusätzlich belasten. Die Zinsausgaben erhöhen sich im Haushalt 2023 um rund 1,4 Milliarden Euro. Die Zinsen könnten in den kommenden Jahren daher wieder zu einer der am stärksten wachsenden Ausgabenposition im Haushalt werden und das Land vor weitere Herausforderungen stellen.

Da das Land seine Verpflichtungen bisher vorausschauend mit einer längeren Zinsbindungsdauer versehen hat – immerhin im Durchschnitt mittlerweile 19 Jahre –, bin ich dennoch zuversichtlich, dass wir in den nächsten Jahren weniger stark mit steigenden Zinsen belastet sein werden, als es ohne das vorausschauende Handeln der letzten Jahre der Fall gewesen wäre.

Der Finanzierungsspielraum ist bereits aufgrund all dieser Fakten enorm eingeschränkt. Hinzu kommt, dass die aktuellen Prognosen darauf hinweisen, dass mit erheblichen Abwärtsrisiken für die Wirtschaft zu rechnen ist.

Noch im Frühjahr gingen die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute davon aus, dass die Erholung von der Coronapandemie stark genug sein würde, um die bereits seit Mitte 2022 steigenden Energiepreise zu kompensieren. Im ersten Halbjahr 2022 hat das reale Bruttoinlandsprodukt der deutschen Gesamtwirtschaft auch noch um 2,8 % zugenommen, das von Nordrhein-Westfalen immerhin um 2,5 %.

Mittlerweile sind wir jedoch auf dem Weg in die Rezession. Wenn Deutschland seine wirtschaftlichen Probleme nicht in den Griff bekommt, werden wir eine erhebliche Verlagerung von Produktionsstätten erleben, eine Deindustrialisierung, die gerade das Industrieland Nordrhein-Westfalen drastisch treffen würde.

Die expansive Geld- und Finanzpolitik der EZB in der Vergangenheit hat die jetzt vorhandene Inflation zusätzlich verstärkt. Die Verbraucherpreise sind auf breiter Front gestiegen und haben im September 2022 in Gesamtdeutschland die Marke von 10 % erreicht. Die verfügbaren Oktoberzahlen liegen sogar noch geringfügig darüber.

Die Prognosen für die wirtschaftliche Entwicklung schwanken allerdings sehr stark. So kommt das Bundeswirtschaftsministerium im Ergebnis zu einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts für das nächste Jahr von nur minus 0,3 %, weil es unterstellt, dass die Gaspreisbremse vollumfänglich und schnell wirkt. Das Institut der deutschen Wirtschaft dagegen prognostiziert einen Rückgang des realen Inlandsprodukts von 1,75 %. In jedem Fall kommen schwierige Zeiten auf uns zu.

Auch lässt sich weiterhin schwer prognostizieren, wie es im Zusammenhang mit der Coronapandemie weitergeht. Bei vielen Menschen mag Corona seinen Schrecken verloren haben; gleichwohl werden auch zukünftig erhebliche Belastungen für notwendige Maßnahmen zum Gesundheitsschutz der Bevölkerung auf den Landeshaushalt zukommen.

Bisher werden im Land alle Maßnahmen zur Bewältigung der direkten und indirekten Folgen der Coronapandemie aus dem NRW-Rettungsschirm finanziert. Auch wenn der Rettungsschirm in seiner jetzigen Form nicht weiter bestehen bleibt, haben die Bekämpfung der Pandemie und die gesundheitspolitische Vorsorge weiterhin hohe Priorität. Die Landesregierung wird weiter Vorsorge treffen, um notwendige Maßnahmen zum Gesundheitsschutz der Bevölkerung zu finanzieren.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Im Haushaltsentwurf 2023 basiert der Steuereinnahmeansatz auf den Ergebnissen der Steuerschätzung vom Mai 2022. Es sind Steuereinnahmen in Höhe von 75,4 Milliarden Euro geplant bei sonstigen Einnahmen in Höhe von 17,9 Milliarden Euro. Damit werden die Steuereinnahmen in der Prognose um

3,6 Milliarden Euro höher liegen als die Steuereinnahmen des Nachtragshaushaltes 2022.

Die Ergebnisse der Herbststeuerschätzung 2022 liegen mit einem Plus von rund 250 Millionen Euro für Nordrhein-Westfalen sogar noch leicht über den Ergebnissen der Maisteuerschätzung; allerdings beruht diese Steuerschätzung auf der sehr positiven Konjunkturprognose der Bundesregierung, die eben von der vollständigen Wirksamkeit der Gaspreismbremse schon ab dem 1. Januar ausgeht. Ein vorsichtiger Kaufmann würde hier vermutlich anders agieren.

Die genannten Mehreinnahmen der Herbststeuerschätzung sind noch nicht in den Basishaushalt eingepreist. Wichtiger aber ist, dass auch die erheblichen Steuermindereinnahmen aufgrund der geplanten Steuererleichterungen für Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen im Rahmen des Entlastungspakets III noch nicht eingepreist sind. Das wird auf der Steuerseite zu deutlichen Mindereinnahmen im Landshaushalt führen.

Wir werden deshalb nach dem Abschluss der Gespräche in Berlin – ich hoffe, dass es am heutigen Tage Ergebnisse gibt – zeitnah eine Ergänzungsvorlage zum Haushalt 2023 vorbereiten und Ihnen zuleiten, damit die noch offenen Punkte zügig im Landtag beraten werden können. Die Wahrung des Budgetrechts des Parlaments ist mir als langjährigem Mitglied dieses Hohen Hauses ein wichtiges Gut.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Der Basishaushalt 2023 hat ein Volumen von 93,4 Milliarden Euro. Das sind knapp 5 Milliarden Euro mehr als im Entwurf des Nachtragshaushaltes 2022. Dieser Basishaushalt wird weiterhin ohne neue Schulden geplant. Ich bin sehr zufrieden, dass die Landesregierung trotz aller widrigen Umstände zunächst einen gut austarierten und ausgewogenen Basishaushalt für das Jahr 2023 auf die Beine stellen konnte.

Wir schaffen damit Stabilität. Wir können den Menschen und Unternehmen nicht alle Sorgen nehmen, aber wir können mit einem soliden Haushalt richtige Weichenstellungen vornehmen. In einem solch schwierigen Umfeld ist die Entwicklung der öffentlichen Finanzen mit besonderen Unsicherheiten verbunden. Wir werden darauf achten, dass die Finanzpolitik die notwendige Balance zwischen erforderlichen Zukunftsinvestitionen, notwendiger Krisenbewältigung und soliden sowie zukunftsfesten Staatsfinanzen wahrt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die zwingenden Erfordernisse der Gegenwart dürfen nicht dazu führen, dass wir nicht weiter in die Zukunft investieren. Das käme auf Dauer zu teuer und würde unsere Kinder und Enkel belasten.

Wir haben allen Grund, mit dem nötigen Respekt, aber auch ohne Angst in die Zukunft zu blicken. Mit

Mut und Zuversicht werden wir es gemeinsam durch diese herausfordernde Zeit schaffen.

Bei den Beratungen in den nächsten Wochen wünsche ich mir eine sehr sachliche Diskussion in einer Atmosphäre des wertschätzenden Miteinanders, der notwendigen inhaltlichen Kontroverse und auch des notwendigen Fingerspitzengeföhls für die derzeitige Situation. Das alles sind wir unseren Bürgerinnen und Bürgern schuldig.

Ich bin sehr froh, dass wir trotz der widrigen Umstände den mehr als ambitionierten Zeitplan bisher einhalten konnten, und freue mich nun auf die weitere parlamentarische Beratung. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Minister Optendrenk. – Für die SPD hat nun ihr Fraktionsvorsitzender Herr Kutschaty das Wort.

Thomas Kutschaty^{*)} (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Dr. Optendrenk, eines vorweg: Die Bezeichnung „Basishaushalt“ ist ein schöner Euphemismus – schön, aber eben auch beschönigend. Uns allen ist doch klar: Der Haushaltsentwurf, den Sie heute vorgelegt haben, ist schon längst keine realistische Entscheidungsgrundlage mehr.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Sie haben gerade selbst ganz viele Unwägbarkeiten eingeräumt. Eigentlich ist dieser Haushalt ein Platzhalter. Es ist kein Basishaushalt, es ist ein Dummyhaushalt; so müsste man ihn tatsächlich nennen. Aber sei's drum, ich will nicht lange darauf herumreiten. Die Zeiten sind eben so, wie sie sind.

Was ich der schwarz-grünen Koalition allerdings wirklich übelnehme, ist etwas anderes: Sie haben diese Haushaltsdebatte, die zugleich immer eine Generaldebatte über die Landespolitik ist, auf den einzigen Plenartag in dieser Woche gelegt, an dem der Ministerpräsident entschuldigt fehlen darf.

Ich sage ganz bewusst: Ich kritisiere nicht, dass der Ministerpräsident heute nicht anwesend ist. Ich freue mich sogar, dass er in Berlin endlich mal die Unterstützung des Landes Nordrhein-Westfalen für die Entlastungspakete zusichern kann. Das erwarte ich heute vom Ministerpräsidenten in Berlin.

(Beifall von der SPD und der FDP – Zurufe von der CDU und den GRÜNEN)

– Murren Sie ruhig rum. Ich kann zu diesem Genöle von der Blockade durch die Bundesregierung noch einmal klarstellen: Die Bundesregierung hat Entlastungen von 300 Milliarden Euro auf den Weg gebracht. Ihr Kontostand ist bei null, und Sie sagen,

Berlin würde blockieren. Was ist das denn für ein Schwachsinn, den Sie hier gerade verbreiten?

(Beifall von der SPD und der FDP – Zurufe von der CDU)

Insofern ist es gut, dass Herr Wüst heute mal sagt: Nordrhein-Westfalen hat den Ernst der Lage erkannt. Wir machen mit, wir haken uns unter. Die Landesregierung übernimmt Verantwortung in dieser schwierigen Zeit.

(Zuruf von Dr. Günther Bergmann [CDU])

Aber es macht doch auch überhaupt keinen Sinn, dass wir heute den Haushalt 2023 beraten und morgen noch einmal den Nachtragshaushalt 2022 diskutieren. Man hätte das logischerweise tauschen können.

(Zuruf von Dr. Ralf Nolten [CDU])

Wir haben einen Verdacht, warum der Ministerpräsident sich dieser Generaldebatte heute entziehen möchte.

(Widerspruch von der CDU)

Diese Generaldebatte bietet nämlich auch Anlass dazu, über andere, allgemeine Themen diskutieren zu können, zum Beispiel über verkehrspolitische Themen,

(Zurufe von der SPD: Ah!)

zum Beispiel über die A45-Brücke in Lüdenscheid, denn dazu liegen neue Erkenntnisse vor.

(Sven Wolf [SPD]: Aha, aha, aha! – Weitere Zurufe von der SPD)

Es besteht der begründete Verdacht, dass der Ministerpräsident über seine Rolle im Vorfeld nicht die Wahrheit gesagt hat.

(Zurufe von der SPD: Ah! – Widerspruch von der CDU)

Unter seiner politischen Verantwortung hat das Verkehrsministerium falsche Entscheidungen getroffen.

(Zuruf von Dr. Günther Bergmann [CDU])

Jetzt sieht es so aus, als sei das systematisch vertuscht worden, und es steht die Frage im Raum, ob Herr Wüst mit voller Absicht getäuscht hat. Jedem war klar, dass sich ein Ministerpräsident in dieser Debatte den kritischen Fragen der Opposition hätte stellen müssen.

(Dr. Ralf Nolten [CDU]: Es geht hier um den Haushaltsplan!)

Herr Wüst weicht dieser Debatte aus. Diese Tagesordnung ist nichts anderes als ein Fluchtplan für Herrn Wüst.

(Beifall von der SPD und der FDP – Florian Braun [CDU]: Das ist hier eine Haushaltsdebatte! – Weitere Zurufe von der CDU)

Aber das wird ihm nichts nützen. Wir gehen der Sache auf den Grund, wir haken nach. Herr Wüst wird sich hier verantworten müssen.

(Zuruf von Thomas Schnelle [CDU])

Er wird unsere Fragen auch hier im Landtag beantworten müssen. Liebe Frau stellvertretende Ministerpräsidentin, wenn Sie gleich mit dem Ministerpräsidenten telefonieren und sich mit ihm über den Stand der Beratungen der MPK austauschen, dann bestellen Sie ihm schöne Grüße von der demokratischen Opposition. Wir machen hier unseren Job.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Dr. Ralf Nolten [CDU])

Es wäre jetzt an der Zeit, dass auch die Landesregierung in dieser schwierigen Situation endlich einmal ihren Job machte. Sie hätte drei Dinge zu tun: Zuerst müsste sie Nordrhein-Westfalen vor den sozialen Folgen der Energiekrise schützen. Zweitens müsste sie Vorkehrungen gegen die drohende Rezession treffen, die bei uns sonst Arbeitsplätze kostet; ganz viele stehen auf dem Spiel. Drittens müsste sie Nordrhein-Westfalen auf einen drastischen ökonomischen Wandel, der unweigerlich kommen wird, vorbereiten, und zwar durch massive Investitionen in bessere Bildung, in neue Technologien und in so viel soziale Sicherheit, wie nur irgendwie möglich. Ja, die Regierung müsste, aber sie macht es nicht. Schwarz-grüne Haushaltspolitik hat keine Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit.

(Beifall von der SPD)

Schauen wir einmal auf die Fakten. Die Steuereinnahmen des Landes steigen um 3,6 Milliarden Euro. Der Finanzminister hat es gerade gesagt. Auch die Ausgaben des Landes steigen ganz massiv. Aber wissen Sie, was bei all diesen steigenden Einnahmen sinkt? Die Investitionen sinken mit diesem Haushaltsentwurf in Nordrhein-Westfalen, und zwar nicht nur prozentual, sondern auch in absoluten Zahlen.

Herr Optendrenk, schütteln Sie nicht mit dem Kopf. Schauen Sie sich Ihre eigene Pressemitteilung anlässlich der Ankündigung des Haushaltsentwurfes an. Darin steht es: Die Investitionssummen sinken in Nordrhein-Westfalen. So, mit niedrigeren Investitionskosten, baut ein Land sich doch keine gute Zukunft auf.

(Beifall von der SPD)

Die Investitionsquote ist immer ein Gradmesser für den Gestaltungswillen einer Regierung. Heute müssen wir feststellen: Der Gestaltungswille dieser Koalition sinkt genauso wie die Investitionsquote relativ und absolut, und das schon vier Monate nach Amtsantritt. Zukunftscoalition war gestern.

(Beifall von der SPD)

Dabei sind doch Zukunftsinvestitionen heute wichtiger denn je. Das gilt zuallererst für unser Bildungs-

system. Nordrhein-Westfalen gibt zu wenig Geld für die Bildung aus, zu wenig für Kitas, zu wenig für Schulen, zu wenig für unsere Kinder. Allein bei den Grundschulen liegen wir bei den Pro-Kopf-Ausgaben pro Schülerin und Schüler um 1.100 Euro unter dem Bundesdurchschnitt. Ich messe uns noch nicht einmal am Spitzenreiter, sondern am Durchschnitt, dabei habe ich eigentlich immer den Anspruch, dass wir im Bildungsbereich in Nordrhein-Westfalen nicht durchschnittlich, sondern die Besten sein wollen.

Eine Folge dieser Unterfinanzierung haben jüngste Untersuchungen und Studien jetzt gerade ganz frisch offengelegt. Viele Kinder können nicht genug lesen, schreiben und rechnen. Nordrhein-Westfalen braucht endlich einen Neustart in der Bildungspolitik. Das Land wartet schon lange, aber bislang wartet es leider vergeblich.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Dr. Günther Bergmann [CDU])

Der Personalmangel an unseren Schulen und Kitas wird immer größer. Er wächst proportional mit der Ratlosigkeit in dieser Regierung. Die schwarz-grünen Koalitionäre wissen sich auch nicht anders zu helfen, als neue Stellen im Haushalt zu schaffen. Die 1.000 Lehrerinnen- und Lehrerstellen, die Sie morgen in den Nachtragshaushalt packen, werden keine einzige zusätzliche Unterrichtsstunde geben. Doch damit nicht genug. Wenn bis Ende dieses Jahrzehnts ein Ganztagsangebot für alle Grundschulkinder vorhanden sein soll, müssen 260.000 neue Plätze geschaffen und 17.000 Fachkräfte eingestellt werden. Es ist schon heute absehbar, dass Sie dieses Ziel nicht werden erreichen können. Schlimmer noch: Der Rechtsanspruch auf einen OGS-Platz ab 2026 in Nordrhein-Westfalen wird faktisch nichts wert sein. Die schwarz-grüne Koalition wird ihn nicht erfüllen können. Auch das ist leider schon heute absehbar.

Wir sind in unserem Bildungssystem jetzt an einem Punkt angelangt, an dem es so nicht weitergehen darf. Ich werfe der Regierung nicht vor, dass sie nicht zaubern kann, aber ich erwarte, dass sie die Realität anerkennt. Bildung muss in Nordrhein-Westfalen Chefsache werden. Wir brauchen eine große Bildungskonferenz mit allen Beteiligten und aller verfügbaren Expertise, um einen parteiübergreifenden Bildungspakt für Nordrhein-Westfalen zu schließen. Bei allen objektiven Sachzwängen und Hindernissen können wir unser Bildungssystem besser machen. Davon bin ich überzeugt, und dazu reichen wir der Koalition auch die Hand. Nutzen Sie diese Chance, und kommen Sie mit uns zu diesem Punkt ins Gespräch, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Einen Zukunftspakt brauchen wir aber auch für unsere Wirtschaft. Der russische Überfall auf die Ukraine hat bei uns einen regelrechten Energiepreisschock ausgelöst. Die ökologische und digitale

Transformation unserer Wirtschaft muss jetzt noch schneller gelingen, als dies ohnehin geplant war. Doch viele kleinere und mittelständische Unternehmen werden diese Transformation von alleine nicht schaffen. Es fehlt ihnen an Zeit, es fehlt ihnen an Geld und manchmal auch Beratung und Know-how.

Wenn wir aber unsere industrielle Basis erhalten und Arbeitsplätze sichern wollen, dann ist jetzt schnelles staatliches Handeln angezeigt, und zwar entschlossen. Das Saarland zeigt uns übrigens, wie das gehen kann. Dort legt die Landesregierung von Anke Rehlinger einen Transformationsfonds in Höhe von 3 Milliarden Euro auf. Umgerechnet auf unser Land wäre dies ein Transformationsfonds in Höhe von 30 Milliarden Euro – ein Fonds, den wir schon vor vielen Monaten vorgeschlagen haben.

Was wir jetzt brauchen, sind Investitionen in die drei großen I: Industrie, Innovation und Infrastruktur. Es geht um die Stärkung des Eigenkapitals unserer mittelständischen Unternehmen. Es geht um Investitionen in Forschung und Entwicklung und in eine bessere Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft. Und natürlich geht es um Investitionen in eine moderne, ökologische und digitale Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen. Es geht um 30 Milliarden Euro für die Arbeit der Zukunft in Nordrhein-Westfalen. Das wäre ein Investitionsprogramm einer Zukunftscoalition, die ihren Namen wirklich verdient hätte.

(Beifall von der SPD)

Mir ist völlig klar, dass der Großteil der Investitionen in die digitale, in die ökologische Transformation von privatem Kapital aufgebracht werden muss. Aber die Industrie in Südwestfalen oder in Ostwestfalen-Lippe wird doch erst dann in Wasserstofftechnologie investieren und RWE kann doch erst dann die Standortentscheidungen für die neuen Gaskraftwerke wasserstoff-ready treffen, wenn sie wissen, wo und wann es ein entsprechendes Netz gibt, mit dem Wasserstoff von der Produktionsquelle zu den Konsumentinnen und Konsumenten gebracht werden kann.

Darum, um solche Infrastrukturmaßnahmen muss sich ein Land jetzt kümmern. Wo ist der Investitionsplan für die Wasserstoffinfrastruktur in Nordrhein-Westfalen? Wo ist der Zeitplan, der diese Investitionen auslöst? Die Unternehmen warten darauf. Die sind bereit, zu investieren, aber sie sagen: Liebes Land, dann besorgt mir doch auch den Wasserstoff und die Leitungen vor der Tür. Dann investiere ich auch.

Wir blockieren gerade Investitionen, weil Sie keine Infrastruktur auf den Weg bringen. Einen Plan dafür haben Sie nicht. Wir verlieren kostbare Zeit. Das ist schlecht für die Wirtschaft und für die Menschen in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD, Henning Höne [FDP] und Marcel Hafke [FDP])

Sehr geehrte Frau Neubaur, ich hatte heute eigentlich vor, Sie für den Ausbau der erneuerbaren Energien zu loben. Wir unterstützen Ihre Ziele nach wie vor. Aber was ist bislang geschehen? Man hätte schnell handeln können, um voranzukommen. Die 1.000-m-Abstandsregelung beim Repowering von Windkraftanlagen gibt es leider immer noch. Dafür hat Ihre Kollegin Scharrenbach gesorgt, die den Ausbau der Windkraft hintertreibt, wo immer sie kann. Das wissen Sie natürlich selbst am besten, Frau Neubaur, aber durchsetzen konnten Sie sich gegen Ihre Kollegin bislang nicht. Derweil werden im Rheinischen Revier Windkraftanlagen abgerissen, damit mehr Braunkohle abgebaggert werden kann.

(Lachen von Herbert Reul, Minister des Innern)

Kurzum: Von einem neuen Schwung in der Energiepolitik, gar von einem grünen Zauber des Aufbruchs kann nicht die Rede sein, eher von einer Entzauberung der Grünen.

(Beifall von der SPD)

Ich kann verstehen, dass Sie den mit RWE verabredeten Kohleausstieg 2030 als Erfolg präsentieren wollen.

(Zuruf von Tim Achtermeyer [GRÜNE])

Um uns nicht misszuverstehen: Auch wir sind für einen Kohleausstieg 2030. Der ist hinsichtlich der Zielrichtung völlig in Ordnung. Aber es wird nur dann gelingen, 2030 aus der Kohleverstromung auszusteigen, wenn wir bis dahin die Energielücke geschlossen kriegen, die die Braunkohle hinterlassen wird. Diese Lücke müssen wir mit Sonne, Wind und anderen erneuerbaren Energien schließen. Ob das gelingen wird, ist derzeit noch völlig offen. Dafür muss die Regierung noch mehr tun. Dieser Haushalt stellt allerdings keine Grundlage dafür dar, dass wir erkennen können, dass es in die richtige Richtung weitergeht. Sie haben mit diesem Haushalt eine Chance zur Energiewende vertan.

(Beifall von der SPD)

Vor allem aber muss sich die Regierung endlich den aktuellen Problemen in den Schulen, in den Betrieben, auf dem Wohnungsmarkt und in den sozialen Einrichtungen des Landes widmen. Diese Koalition hat es bis heute nicht geschafft, auch nur ein einziges Maßnahmenpaket gegen die Folgen der Energiekrise aufzulegen. Fast alle anderen Länder – von Schleswig-Holstein bis Bayern – helfen ihren Bürgerinnen und Bürgern und den Unternehmen. Nordrhein-Westfalen hilft nicht.

Das zeigt: Es gibt Landesregierungen, die ihre Verantwortung erkennen und zu ihr stehen, und es gibt Landesregierungen, die ihre Verantwortung leugnen. Es ist Zeit, die Seite zu wechseln, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition.

Sie lehnen bisher jede Verantwortung für die Bekämpfung dieser Krise und ihrer Folgen ab. Sie flüchten vor der Verantwortung. Sie fliehen regelrecht. Sie rufen nach dem Bund oder zeigen auf die Kommunen. In der größten Krise, der Wirtschaftskrise, seit dem Zweiten Weltkrieg fällt die Landesebene in Nordrhein-Westfalen aus.

Ein Team kann nicht gewinnen, wenn es einen Spieler gibt, der für die anderen nicht rennt, nicht kämpft und keinen Ball annimmt. Sie müssen in dieser Krise endlich eine neue Rolle für sich finden.

Ich bin mir sicher, dass Sie Ihren Kurs nicht mehr lange durchhalten können. Die ersten zarten Ankündigungen seitens der grünen Kolleginnen und Kollegen, dass man auch mit eigenen Entlastungsmaßnahmen jetzt etwas auf den Weg bringen will, kommen bereits. Das ist gut, das unterstützen wir, aber wir haben das schon vor Wochen hier im Landtag ganz konkret mit Anträgen gemacht. Ich bin zuversichtlich, dass sich das durchsetzen wird, und am Ende werden unsere Anträge Erfolg haben. Es wird ein Erfolg der demokratischen Opposition sein. Dem Druck werden Sie nachgeben müssen.

(Beifall von der SPD)

Und wenn diese Koalition hoffentlich bald eine Kurskorrektur vornimmt, dann wird sie sich nebenbei auch noch um die Versprechen des eigenen Ministerpräsidenten kümmern müssen. Ich habe mir noch mal die Höhepunkte der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten angeschaut. Zwei Punkte sind mir in Erinnerung geblieben: Jedes Kind muss am Ende der Grundschulzeit schwimmen können, und wir müssen etwas gegen die Vereinsamung der Menschen in Nordrhein-Westfalen tun. Das sind zwei wichtige Punkte, die wir durchaus unterstützen.

Aber schauen wir doch mal in diesen Haushalt. Was heißt das denn jetzt, wenn es konkret wird und wir auch mal Geld in die Hand nehmen müssen, um diese beiden – zu Recht – wichtigen Ziele der Landesregierungen in Angriff nehmen müssen?

Das Programm „NRW kann schwimmen!“ hat die Landesregierung um keinen Cent erhöht. 300.000 Euro stehen dafür zur Verfügung. Nach eigenen Angaben können 150.000 Kinder in Nordrhein-Westfalen nicht schwimmen. Sie geben in diesem Haushalt 300.000 Euro dafür aus.

(Zuruf von Sven Wolf [SPD])

Ich muss nicht auf einer Talentschule gewesen sein, um zu wissen: Das sind zwei Euro pro Kind.

(Nadja Lüders [SPD]: Dafür gibt es eine Badekappe!)

Bei mir in Essen kostet die billigste Eintrittskarte im Schwimmbad für ein Kind schon 2,50 Euro. Mit Ihren Maßnahmen ist es noch nicht einmal möglich, einen Tag schwimmen zu gehen. Sie bleiben mit dieser

Haushaltsberatung meilenweit hinter den vollmundigen, großen Ankündigungen Ihres Ministerpräsidenten zurück, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Die gleiche Frage stellt sich beim Thema „Einsamkeit“. Das ist ein wichtiges Thema – ich habe es gerade schon gesagt –, das auch mich umtreibt. In Ihrem Haushaltsentwurf sehe ich aber keine einzige Maßnahme, kein einziges Programm dafür, wie Sie etwas gegen die Vereinsamung von Menschen tun wollen. Warum hat der Ministerpräsident in der Regierungserklärung dann solange und ausführlich über dieses Thema gesprochen? Weil es galt, mit warmen Worten empathisch zu sein und die Redezeit totzuschlagen. Etwas anderes kann es nicht gewesen sein.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Wenn diese Koalition bei den Menschen in Nordrhein-Westfalen ernst genommen werden möchte, muss sie auch etwas dafür tun. Bis zur Verabschiedung des Haushalts haben wir noch sechs Wochen Zeit. Wir erwarten von Ihnen entsprechende Konkretisierungen zu den zwei wichtigen Maßnahmen, die Sie versprochen haben.

Außerdem erwarten wir endlich Hilfen für unsere Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen. In geschlossenen Schwimmbädern kann ich nämlich erst recht nicht schwimmen lernen, in maroden Schulgebäuden kann ich nicht geschickt lesen lernen, und mit unterbesetzten Ämtern gibt es ab Anfang Januar kein schnelleres Wohngeld, was dringend benötigt wird.

Das Wichtigste ist jetzt die Entschuldung, das betrifft die alten und die neuen Schulden. Die neuen Schulden sind durch die Corona- und die Ukraine-Krise entstanden. Die Landesregierung nennt das so nett „fiktive Vermögen“. Das ist eine Wortschöpfung, bei der selbst George Orwell neidisch werden könnte – aber egal.

(Heiterkeit von Christian Dahm [SPD])

Die Zinsen steigen, sie steigen rasant; Herr Optendrenk hat das gerade eingeräumt. Die neuen und alten Schulden könnten unsere Kommunen schon bald überfordern, übrigens mit schlimmen Folgen für die Infrastruktur in den Städten, mit schlimmen Folgen für Bildung, für Lebensqualität und Gesundheit vor Ort. Und das mitten in einer Wirtschaftskrise. Dazu darf es nicht kommen.

Herr Wüst und diese schwarz-geführte Landesregierung, insbesondere aber auch der Ministerpräsident davor, haben die Chance verpasst, einen Entschuldungspakt mit dem Bund zu schließen. Jetzt müssen Sie das alleine tun, und zwar schnell. Wir erwarten

von Ihnen noch in diesem Jahr – so, wie Sie es angekündigt haben – ein Konzept zur Befreiung der Kommunen von den Altschulden. Im Haushalt fehlt jeder einzelne Euro, fehlt jeder einzelne Cent. Auch hier gibt es wieder nur warme Worte, aber keine konkreten Taten zur Hilfe für unsere Kommunen, was so wichtig wäre.

(Beifall von der SPD)

In diesen Zeiten müssen wir als Politik so viel Sicherheit organisieren, wie es nur irgendwie möglich ist. Es geht um den Erhalt von Arbeitsplätzen, es geht um den Erhalt von Kaufkraft, und es geht um den Erhalt jener Sicherheit, wie sie nur eine Wohnung geben kann. Die explodierenden Mietnebenkosten, aber auch die explodierenden Mieten überfordern viele Familien, Mieterinnen und Mieter und Eigenheimbesitzer.

Ein Land, in dem Familien Angst vor Wohnungsverlust haben müssen, ist aber kein starkes Land. Der Bund wird mit Milliarden helfen. Viel wichtiger wäre es allerdings, dass die Landesregierung jetzt mit eigenen Mitteln für bezahlbares Wohnen helfen würde, zum Beispiel durch eigene Finanzmittel für einen sozialen Wohnungsbau, mit einem besseren Mieterschutz. Doch nichts dergleichen passiert in Nordrhein-Westfalen.

Frau Scharrenbach wird sich damit begnügen, Bundesmittel weiterzuleiten. Sie wird eifrig den Bund beschimpfen, ansonsten wird sie gar nichts tun. Diese Landesregierung hat den Kampf um bezahlbares Wohnen schon längst aufgegeben. Das ist die Wahrheit.

(Beifall von der SPD – Zuruf von der SPD: Ganz genau!)

Es wird Zeit, dass diese schwarz-grüne Koalition in der Realität des Novembers 2022 ankommt. In dieser Realität gibt es mehrere große Krisen, die sich gegenseitig verstärken: die Bildungskrise, die Wohnungskrise, die Wirtschaftskrise.

Präsident André Kuper: Herr Kollege, die Redezeit ist überschritten.

Thomas Kutschaty³⁾ (SPD): Wir können diese Krisen überwinden; davon bin ich überzeugt. Es ist die Stunde eines starken Sozialstaats. Das beste Mittel gegen diese Krisen ist eine Politik für Normal- und Geringverdiener, für Mieterinnen und Mieter, für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre Familien. Leider hat diese Koalition das noch nicht erkannt. Wir achten auf die Interessen dieser Menschen, auch in den kommenden Haushaltsberatungen. Mit uns, mit unseren Anträgen müssen Sie rechnen. – Herzlichen Dank. Glück auf für Nordrhein-Westfalen!

(Beifall von der SPD, Henning Höne [FDP] und Marcel Hafke [FDP])

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kutschaty. – Für die Fraktion der CDU spricht nun ihr Fraktionsvorsitzender Herr Schick.

Thorsten Schick³⁾ (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank, Herr Präsident, für die gedenkenden Worte an Mevlüde Genç. Mit Mevlüde Genç hat Nordrhein-Westfalen eine starke Frau verloren, die ihr Leben der Versöhnung und Verbindung von Menschen gewidmet hat. Wir müssen alles dafür tun, um ihr Vermächtnis zu bewahren.

(Beifall von allen Fraktionen)

Auch aktuell sind wieder politische Kräfte unterwegs, die spalten wollen, die Hass schüren. Dem müssen wir ganz entschieden entgegentreten.

(Beifall von der CDU und Verena Schäffer [GRÜNE] – Zuruf von der SPD: Die sitzen mir gegenüber!)

Der Bundespräsident hat daher völlig recht, wenn er dafür wirbt, dass alles gestärkt werden muss, was im Umgang mit großen Krisen verbindet. Zum erfolgreichen Krisenmanagement gehört aber auch, dass wir den Menschen die Wahrheit sagen. Deshalb hat der Bundespräsident zu Recht darauf hingewiesen, dass wir vor schweren und unsicheren Zeiten stehen.

Die Reaktionen auf diese Herausforderungen hätten unterschiedlicher nicht sein können. Finanzminister Marcus Optendrenk hat mit viel finanzpolitischem Sachverstand den Haushalt 2023 eingebracht und die Aufgaben in diesen schweren und unsicheren Zeiten beschrieben – vielen Dank dafür.

Bei Ihrem Auftritt, Herr Kutschaty, hatte ich eher den Eindruck, dass eine Märchenstunde mit ein wenig „Rumpelstilzchen“ und ganz viel „Tischlein, deck dich!“ ausgebrochen ist.

(Beifall von der CDU und Tim Achtermeyer [GRÜNE] – Sven Wolf [SPD]: Das haben die Gebrüder Grimm nicht verdient!)

Das fängt schon bei den Preisen in den Schwimmbädern in Essen an. In Begleitung eines Erwachsenen haben Kinder bis sechs Jahre freien Eintritt. Selbst diese Zahl aus Ihrem Heimatstädtchen stimmte nicht.

(Zuruf von Thomas Kutschaty [SPD])

Sie haben sich sehr viele Gedanken über Überschriften gemacht, aber wenige über Inhalte. Herr Kutschaty, für Sie gilt: viel Problemaufriss, aber wenig Lösungen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Sarah Philipp [SPD])

Rettungspakete müssen nicht nur angekündigt werden, sie müssen auch gemacht und ausgezahlt werden, und sie müssen vor allen Dingen auch sitzen. Gerade in Krisenzeiten geht es darum, Geld wirksam einzusetzen, denn die Zeiten sind schwieriger denn je. Ich werde Ihnen gleich ein paar Beispiele nennen, wie die Zukunftscoalition diesen Spagat im Haushalt 2023 nicht nur machen will, sondern wie er gelingt.

(Sarah Philipp [SPD]: Wann macht ihr denn was?)

Unser Minister der Finanzen, Marcus Optendrenk, hat mit seinen engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Finanzministerium einen Haushaltsentwurf vorgelegt, der das Beste für die Menschen in unserem Land herausholt, und zwar im Großen wie im Kleinen und in sehr kurzer Zeit.

Dieser Haushalt soll noch in diesem Jahr beschlossen werden, damit er möglichst schnell wirkt. Er bleibt auf dem Kurs der finanzpolitischen Vernunft. Der Haushalt ist generationengerecht, er gestaltet die Zukunft, und er macht unser Land krisenfester. Er ist der richtige Haushalt für herausfordernde Zeiten. Es werden Milliarden dort ausgegeben, wo Milliarden notwendig sind, und wo nur eine kleine Summe nötig ist, wird auch nur eine kleine Summe ausgegeben. Das unterscheidet uns. Es ist kein finanzpolitischer Gigantismus, sondern Realismus.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Ganz konkret gilt doch: Wie viel Geld wir überhaupt haben, wird hoffentlich heute Abend klar. Heute verhandeln die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten mit dem Kanzler. Olaf Scholz hat vor der Wahl selbstbewusst behauptet, dass man bei ihm Führung bekommt, wenn man sie bestellt. Die Wahrheit ist doch, dass längst die Bundesländer die Führung übernommen haben.

(Lachen von Kirsten Stich [SPD])

Sie sind diejenigen, die eine Lösung vorantreiben. Allen voran hat Hendrik Wüst in den vergangenen zwölf Monaten gezeigt, dass er Krisenmanagement kann.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN – Lachen von der SPD – Sven Wolf [SPD]: Jetzt noch mal das Bild mit dem Märchen! Dann würde ich lachen!)

– Sie können noch so viel lachen. Zusammen mit Stephan Weil, Winfried Kretschmann, Malu Dreyer und allen anderen Ministerpräsidenten hat er doch schon Ende September ein Beschlusspapier erarbeitet und auf den Tisch gelegt, das die gesamte Bandbreite der finanzpolitischen Herausforderungen von

Ländern und Kommunen beschreibt. So geht Führung, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Beifall von der CDU und Antje Grothus [GRÜNE])

Alle 16 Ministerpräsidenten und Ministerpräsidentinnen sind einer Meinung: Es geht nicht um Parteifarben.

Ich habe in Pressemitteilungen von Ihnen, Herr Kutschaty, die Formulierung „unterlassene Hilfeleistung“ gelesen. Unterlassene Hilfeleistung ist das, was der Kanzler vorgelegt hat. Seit über vier Wochen liegt das Papier auf dem Tisch, und es gibt immer noch keine Einigung. Das ist eine Verzögerung, die zulasten der Menschen geht.

Ich hätte von Ihnen erwartet, dass Sie in dieser Lage deutlich werden. Ihre Vorgängerinnen und Vorgänger in der ehemals stolzen NRW-SPD hätten das getan. Anscheinend geht es Ihnen aber nur um persönliche Rettungspakete, um die eigene Haut zu retten.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von der SPD und Marcel Hafke [FDP])

Dementsprechend wird hier ein Popanz aufgeführt, dass die Tagesordnung so aufgebaut werde, dass man hier keine vernünftige haushaltspolitische Debatte führen könne. Die Tagesordnung wird einstimmig im Ältestenrat verabschiedet, und auch diese ist so verabschiedet worden. Erzählen Sie also auch hierzu keine Märchen und bauen Sie keine Geschichten ohne Grundlage auf.

(Beifall von der CDU und Verena Schäffer [GRÜNE] – Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

Der Ministerpräsident lebt Führung, der Bundeskanzler zeigt eine Vorführung. Er zeigt, wie man die Kollegen aus dem Kabinett vorführt. In der schwierigsten Phase der vergangenen Jahre verprellt der Kanzler wie zum Beispiel beim China-Deal im Hamburger Hafen wiederholt Regierungsmitglieder seiner Koalitionspartner von FDP und Grünen. Als Hanseat müsste er eigentlich wissen, dass der Kapitän in schwierigen Phasen seine Mannschaft braucht und sie nicht verprellen darf.

(Beifall von der CDU)

Die Zukunftscoalition setzt mit diesem Haushalt klare Prioritäten. Ich möchte vier Punkte beispielhaft nennen.

Erstens. Kinder stehen für uns im Mittelpunkt. Die Zukunftscoalition investiert über 37 Milliarden Euro in die Bildung. Das ist mehr als ein Drittel des Haushalts. Um diese Zahl einzuordnen: 37 Milliarden Euro entsprechen dem Umsatz von Mercedes-Benz oder dem Gesamthaushalt des Landes Niedersachsen. Für das Protokoll: In Nordrhein-Westfalen ist das allein die Summe, die für Bildung ausgegeben wird.

Daran sieht man eindeutig, was CDU und Grünen in dieser Zukunftscoalition wichtig ist. Mit diesem Haushalt 2023 legen wir auf Betreuung und Bildung von Kindern einen ganz besonderen Wert und stärken sie mit diesen Investitionen.

Den Alltagshelfern und den Kitas geben wir Planungssicherheit. Die Sprach-Kitas verlängern wir und helfen beim Übergang von der Kita in die Schulen. Für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf setzen wir das OGS-Helferprogramm fort. So können wir weiterhin unsere Grund- und Förderschulen unterstützen.

Für mehr Lehrerinnen und Lehrer, kleinere Klassen und bessere Bildung steigen wir weiter und tiefer in A13 ein. Das ist auch ein Stück Anerkennung für Lehrkräfte. Wir geben jungen Leuten damit einen Anreiz, Lehrer zu werden. Damit dies funktioniert, erhöhen wir die Anzahl der Studienplätze.

Das ist Politik, die auf junge Menschen, auf unseren Nachwuchs ausgerichtet ist. Dafür geben wir in diesem Landeshaushalt eine halbe Milliarde Euro zusätzlich aus. Das zeigt, dass das Thema „Bildung“ für diese Zukunftscoalition einen ganz hohen Stellenwert hat.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Zweitens. Sicherheit bleibt im Fokus. Nordrhein-Westfalen ist ein sicheres Land, so sicher wie noch nie. Das verdanken wir natürlich auch den Polizistinnen und Polizisten. Damit sie weiterhin ihre Arbeit machen können, machen CDU und Grüne ihre Arbeit. Wir stärken die Sicherheitsbehörden in unserem Land weiter – mit bester Ausstattung mit Autos, Schutzausrüstung und Technik.

Die Zukunftscoalition setzt diesen Weg fort. Wir geben der Polizei die notwendige Rückendeckung.

(Marc Lürbke [FDP]: Nee!)

Das haben diejenigen verdient, die jeden Tag ihre Rücken gerade machen und ihr Leben und ihre Gesundheit für unsere Sicherheit riskieren.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Mit uns wächst die Polizei wieder, und zwar mit 400 zusätzlichen Polizisten. Erstmals gibt es 3.000 Kommissaranwärterinnen und Kommissaranwärter in unserem Land. Als Herr Kutschaty noch am Kabinettschiff saß, war die Polizei noch das Sparschwein des Finanzministers.

Die Cyberkriminalität ist um 24 % gestiegen – so die jüngste Kriminalstatistik. CDU und Grüne reagieren sofort. Wir stellen Cyber-Cops ein, treiben die Digitalisierung der Polizei voran und erleichtern die Verarbeitung großer Datenmengen durch eine Forsensik-Cloud. Dadurch werden Straftaten schneller auf-

geklärt. Kein Krimineller kann sich im Internet mehr sicher fühlen.

Aus der verheerenden Flutkatastrophe im Sommer 2021 haben wir gelernt. Ich habe im Wahlkreis selbst erleben müssen, welche zerstörerische Kraft das Wasser hat. Überrascht hat uns die Flut vor allem wegen einer fehlenden Vorhersehbarkeit der Pegelstände gerade bei kleineren Flüssen. Wie zugesagt werden wir daher das Pegelnetz verbessern und setzen den 10-Punkte-Plan „Hochwasserschutz“ um, und wir schaffen 250 neue Stellen für den Katastrophenschutz.

(Beifall von der CDU)

Zur Sicherheit in Nordrhein-Westfalen gehört auch die medizinische Versorgung. Jeder in Nordrhein-Westfalen, gleich, ob in der Stadt oder auf dem Land, muss im Notfall weiterhin schnell das Krankenhaus erreichen können. Jeder bekommt weiterhin die beste medizinische Versorgung. Das ist unsere Zusage an die Menschen.

Damit diese Neuausrichtung der Krankenhausplanung funktioniert, geben wir im Haushalt 2023 den Startschuss. Bis 2027 werden CDU und Grüne zusätzlich 2,5 Milliarden Euro zur Verfügung stellen.

Drittens. Wir haben die Zukunft im Blick. Wir müssen das Land bleiben, in dem gehämmert, gebohrt, gesägt und auch Stahl gekocht wird.

(Sarah Philipp [SPD]: Und regiert wird!)

Wir müssen das Land bleiben, in dem sich Unternehmertum lohnt und Unternehmertum auch Spaß macht. Das ist unser Auftrag. Wir geben die Rahmenbedingungen vor und sichern damit Millionen von Arbeitsplätzen und Wohlstand für alle.

Arbeitsplätze bringen Wohlstand. Ich selbst komme aus Südwestfalen. Mehr als 150 Weltmarktführer haben dort ihre Heimat. Sie produzieren und entwickeln dort Spitzenprodukte. In meiner Heimat ist jeder zweite Arbeitsplatz im produzierenden Gewerbe. Das muss auch so bleiben. Nordrhein-Westfalen muss für Unternehmen ein attraktiver Standort bleiben, und daher geben wir mit diesem Haushalt fast eine halbe Milliarden Euro für mehr Klimaschutz, mehr Forschung und mehr Innovationen aus, und zwar nicht nur in der Industrie, sondern gerade auch für kleinere und mittlere Unternehmen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Wie wichtig das für die Betriebe ist, mussten wir in der gestrigen Umfrage des DIHK lesen. In der deutschen Schlüsselbranche Automobilindustrie haben nach dieser Umfrage bereits 16 % der Hersteller ihre Produktion verringert. Was dramatisch ist: 17 % wollen ihre Produktion verlagern. Sogar noch dramatischer ist die Situation in den Zulieferbetrieben, und

das sind die Betriebe, die gerade im ländlichen Raum Nordrhein-Westfalens für Arbeitsplätze sorgen.

Aber die Zukunftscoalition handelt. CDU und Grüne lassen diese Regionen mit ihrer Industrie und ihrem Mittelstand nicht im Stich. Dafür geben wir im Haushalt rund 100 Millionen Euro aus, zum Beispiel für die Halbleiterproduktion, Biotechnologie, Digitalisierung im Einzelhandel, Quanten-Computing, Robotik, Cybersicherheit oder Künstliche Intelligenz.

Wir denken aber auch an den klassischen Handwerksbetrieb. Handwerk und Mittelstand sind das Rückgrat unserer Wirtschaft, und wir fördern sie mit einer Rekordsumme von fast einer Dreiviertelmilliarde Euro.

(Beifall von der CDU)

Handwerk und Industrie bilden die Zukunft unseres Landes aus. Wir wollen die berufliche und akademische Bildung gleichwertig machen. Daher geben wir auch mehr Geld für die Meistergründungsprämie aus. In der vergangenen Woche hat die CDU-Fraktion eine Klausurtagung zum Thema „Fachkräfte“ durchgeführt. In Aachen haben wir bekräftigt, dass wir Nordrhein-Westfalen zum Bildungsland Nummer eins machen wollen. Dafür haben wir viel Lob aus dem Handwerk bekommen. Daher ist es richtig, dass wir mit diesem Haushalt die Voraussetzungen dafür schaffen, mehr Schülerinnen und Schüler für MINT-Fächer zu begeistern.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Nordrhein-Westfalen muss Industrie- und Energieland Nummer eins bleiben, und wir wollen die erste klimaneutrale Industrieregion Europas werden. Stahl ist ein gutes Beispiel für diesen Weg. Stahl bleibt der Werkstoff Nummer eins. Das E-Auto braucht ihn genauso wie das Windrad oder die Schiene. Ich will, dass er weiterhin in Nordrhein-Westfalen hergestellt wird – sauber und klimaneutral – und nicht irgendwo in China oder Indien mit Kohle.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

In Duisburg war bereits die Premiere für Wasserstoffstahl. ThyssenKrupp will bis 2045 Stahl klimaneutral produzieren. Wenn einer der traditionsreichsten Stahlproduzenten der Welt hier bei uns im Ruhrgebiet Stahl herstellt – und dies ohne ein Gramm CO₂ –, dann ist das Hightech vom Feinsten, dann ist das Zukunft made in Nordrhein-Westfalen.

Wir machen Nordrhein-Westfalen zum Wasserstoffland Nummer eins. Wir werden dafür in den kommenden Jahren rund eine halbe Milliarde Euro ausgeben, und weil das Land vorangeht, werden wir Investitionen in Höhe von mehreren Milliarden Euro damit binden, die von privater Seite auf den Weg

gebracht werden. So macht man heute Industriepolitik für morgen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Der vierte Punkt. Krisenbewältigung hat weiterhin höchste Priorität. Für die Menschen sind die aktuellen Energiepreise das Topthema. Heute Abend muss der Bund Farbe bekennen, wie er die zeitnahe Entlastung gestalten will. Das ist wichtig für die Menschen. Das ist wichtig für die Unternehmen.

Nordrhein-Westfalen – das haben wir immer gesagt – trägt die Entlastung solidarisch mit. Allein an den Entlastungspaketen 1 und 2 des Bundes beteiligen wir uns in diesem und im Folgejahr mit rund 2 Milliarden Euro. Es sind mehr als 3 Milliarden Euro in dieser Legislaturperiode.

Herr Kutschaty, nur so viel zu Ihrer Märchenstunde: Auch das sind reale Beträge im Kassenbuch des Landes und nicht die Luftbuchungen und falschen Zahlen, die Sie hier in den Raum gestellt haben.

(Beifall von der CDU – Sarah Philipp [SPD]: Die falschen Zahlen? – Thomas Kutschaty [SPD]: Was für falsche Zahlen?)

Am dritten Entlastungspaket würde sich das Land bis zum Jahr 2024 insgesamt mit rund 6,5 Milliarden Euro beteiligen. Das haben wir immer gesagt. Nur weil Sie das Gegenteil behaupten, ist das noch lange nicht die Wahrheit.

(Beifall von der CDU – Kirsten Stich [SPD]: Dann müssen Sie mal die falschen Zahlen nennen, bevor Sie hier so was behaupten! – Sarah Philipp [SPD]: Zeigen Sie mal, wo das falsch ist!)

Noch einmal für das Protokoll: Das ist Geld, das für Lehrer, Polizisten, Hochschulen und vieles andere mehr fehlt. Zu behaupten, die Landesregierung zeige nur mit dem Finger nach Berlin, ist frech

(Sarah Philipp [SPD]: Aber richtig!)

und falsch und wird auch durch permanente Wiederholung nicht richtiger. Das soll doch nur von Ihrer eigenen Schwäche ablenken.

(Beifall von der CDU und der FDP – Sarah Philipp [SPD]: Aber Sie wissen schon, dass Sie regieren?)

CDU und Grüne zeigen mit diesem Haushalt aber auch, dass wir nah bei den Menschen sind. Dieser Haushalt hat einen Plan. Ich nenne nur ein kleines Beispiel, ein vielleicht vermeintlich kleines Beispiel: Wir stärken die Energieberatung der Verbraucherzentralen im ganzen Land. – Das ist im Moment für Mieter und Hausbesitzer ganz, ganz wichtig. Es ist ganz konkret, wenn vor Ort gemessen wird, wo eine Immobilie besser gedämmt werden kann oder wie die Gasetagenheizung besser eingestellt werden

kann. Auch diese kleinen Maßnahmen sind im Haushalt enthalten.

Das Land steht nach der Coronakrise und mitten in der Energiekrise vor allergrößten Herausforderungen. Ich zitiere selten Sozialdemokraten, aber manchmal kann man das ja machen, wenn sie recht haben, wie dieses Mal Peter Struck. Er hat gesagt: „Kein Gesetz verlässt das Parlament so, wie es hineingekommen ist.“

Diese Landesregierung hat bereits einen guten Entwurf vorgelegt. Sie hat ihn zu Recht als Basishaushalt bezeichnet. Doch heute Abend können, heute Abend müssen sich die Vorzeichen ändern. Was jetzt noch geändert wird, ist dann Aufgabe des Parlaments. Das ist unsere Aufgabe, und damit meine ich ausdrücklich: Aufgabe von uns allen. Das Budgetrecht ist das Königsrecht des Parlaments.

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

Deshalb wiederhole ich das Angebot an die Opposition. So, wie Hendrik Wüst immer wieder betont, dass die Hand der Länder in Richtung Bund ausgestreckt ist, so ist auch unsere Hand in Ihre Richtung ausgestreckt.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Lassen Sie die Parteipolitik beiseite. Springen Sie über Ihren Schatten. Ich freue mich auf die Diskussion dieses Haushaltsentwurfs in den kommenden Wochen.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herzlichen Dank, Herr Kollege Schick. – Für die FDP-Fraktion spricht jetzt der Fraktionsvorsitzende Henning Höne.

Henning Höne (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Hohe Strompreise, hohe Gaspreise und immer mehr Regulierungswut durch die Europäische Union – die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und damit auch Nordrhein-Westfalens nimmt enormen Schaden.

Letzte Woche hat der Chemiekonzern BASF einen drastischen Stellenabbau angekündigt, und zwar ausdrücklich in Deutschland, und zwar dauerhaft, und zwar aus genau den eingangs von mir genannten drei Gründen.

Nur mit massiven Kosteneinsparungen und nur mit einem deutlichen Stellenabbau, sagt der Konzern, kann er die Wettbewerbsfähigkeit in seinem Heimatland, im Heimatmarkt sichern. Das ist ein Alarmsignal, ein Alarmsignal, auf das ich in den letzten Wochen immer wieder schon unter anderen Gesichtspunkten hingewiesen habe, ein Alarmsignal unter vielen.

Kollege Schick hat gerade die Umfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages angesprochen und die Zahlen genannt, was die Drosselung oder auch die geplante Verlagerung von Produktionen angeht. Auch der Finanzminister hat sich entsprechend geäußert.

Dann können wir also feststellen: Es gibt gar kein Erkenntnisproblem bei dieser Landesregierung und bei dieser Koalition. – Schaut man aber in den Haushaltsentwurf, muss man feststellen, dass es ein Umsetzungsproblem gibt, weil die Welt durch die schwarz-grüne Brille offensichtlich weiterhin in Ordnung ist. Die bisherige Schlafwagenpolitik soll im Haushalt 2023 einfach fortgesetzt werden. Auf die Alarmsignale wird nicht reagiert.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, der Haushalt ist ja das Fundament für Ihre Politik. Natürlich ist das ein Haushalt in dynamischen Zeiten und auch in unsicheren Zeiten, in Zeiten, in denen Glaubenssätze infrage gestellt werden, aber auch in Zeiten, in denen unsere Defizite, unsere Nachteile bei der Wettbewerbsfähigkeit unter einem Brennglas liegen. „Zeitenwende“ ist das Wort für die Zusammenfassung.

In solchen Zeiten braucht es dann aber auch besondere Antworten, braucht es besondere Antworten und neue Antworten, damit Nordrhein-Westfalen Industrieland bleiben kann, damit Wohlstand erhalten bleibt. Wir brauchen besondere Antworten, damit Bildungschancen gestärkt werden. Dafür braucht es eine Regierung mit Konzept und mit Mut. Wenige Monate nach der Wahl, wenige Monate nach Amtsantritt stellen wir fest: Diese neue Landesregierung macht business as usual, sie bleibt auf den alten Pfaden. Ein bisschen mehr hier, ein bisschen mehr da, aber auf die allgemein sich so dramatisch verändernde Weltlage wird überhaupt nicht reagiert. Das ist zu wenig, und das muss deutlich besser gehen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben jetzt 47 Tage, um diesen Haushaltsentwurf zu debattieren. Das ist eine Debatte im Eilverfahren. Das ist die kürzeste Haushaltsberatung in der Geschichte des Landes. Das sind 25 Tage weniger als vor fünf Jahren, als Schwarz-Gelb nach dem Regierungswechsel den ersten eigenen Haushalt vorgelegt hat. Damals empörte sich Monika Düker. Sie sprach von – ich zitiere – „einer beispiellosen Missachtung grundlegender parlamentarischer Rechte“. Hört, hört: beispiellose Missachtung.

Was lernen wir eigentlich daraus? Parlamentsrechte und Debattenkultur gelten bei den Grünen nur in der Opposition. Mit dem Dienstwagen wird das dann vorne an der Tür wieder abgegeben.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Jetzt kann man sagen: Dann strengen wir uns hier ein bisschen mehr an und machen wir das hier ein bisschen schneller. – Aber es sind ja auch Verbände davon betroffen. Es geht ja auch um eine angemessene Debatte, gerade in dieser schwierigen Ausgangslage.

Vor allen Dingen aber wird ganz klar: Auch all die Appelle von CDU und Grünen zum Beispiel aus der Debatte der Regierungserklärung, dass man ja selbstbewusste Fraktion bleibe und sich hier weiterhin intensiv einbringe, sind doch nur Lippenbekenntnisse gewesen. Das wird zur Farce, weil auch Ihre Zeit, diesen Haushalt zu beraten, damit entsprechend gekürzt ist.

Das ist schlechter politischer Stil, und das schon so wenige Monate nach Amtsübernahme. Da gibt es übrigens auch weitere Beispiele. Vom Parlament gesetzte Fristen sind für diese Landesregierung eher grobe Empfehlungen. Bis zum 30. Juni sollte eigentlich ein Konzept zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge vorgelegt werden. Vier Monate später – nach dieser Frist –: kein Konzept. In der Antwort auf eine Kleine Anfrage musste dann zugegeben werden, dass es nicht nur kein Konzept gibt, sondern es noch nicht einmal Gespräche zu dieser Frage gab. Hat denn eigentlich die Landesregierung das Parlament informiert – proaktiv –, dass man aus gewissen Gründen länger braucht? Nein, hat man nicht. Wie früher in der Schule bei den Hausaufgaben: Man hat sich in die letzte Reihe gesetzt und gehofft, dass der Lehrer einen bitte nicht drannimmt, irgendwer anders hat es hoffentlich zuhause erledigt.

(Lachen von der SPD)

Dann gucken wir jetzt mal in den Haushalt. Haben Sie da eigentlich finanziell Vorsorge für diese Abschaffung geschaffen? Nein, haben Sie nicht. Also auch an dieser Stelle kommen Sie dem Parlamentsbeschluss nicht nach. Die Menschen und die Kommunen in diesem Land haben eine bessere Landesregierung verdient, und sie haben Planungssicherheit verdient.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Zweites Beispiel für Stilfragen: Unterrichtungen. Unterrichtungen gibt es von dieser Landesregierung nicht unter dem Gesichtspunkt, ob Informationen notwendig sind, sondern danach, was die PR-Abteilung empfiehlt.

Ich nehme Sie noch einmal mit zurück in die letzte Plenarwoche. Da haben wir am Freitag über die Ergebnisse der Bund-Länder-Beratung debattiert. Wir haben über die Energieversorgung und natürlich auch über die Rolle der Braunkohle debattiert. An dieser Debatte hat sich die Energieministerin gar nicht beteiligt. Die hat sich das hier angeschaut.

Dann kam ein langes Wochenende, und am Dienstag hat dann Ministerin Neubaur zusammen mit dem Bundeswirtschaftsminister Habeck und RWE einen Deal für das Rheinische Revier verkündet.

Meine Damen und Herren und Frau Ministerin Neubaur, niemand in diesem Hause glaubt Ihnen, dass Sie zu diesem Deal am Freitag noch nichts hätten sagen können. Sie haben das Parlament in Missachtung der Landesverfassung im Dunkeln gelassen, und das ist ein ganz schlechter Start in dieses Amt.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Das ist noch viel interessanter, wenn man im Kalender weitergeht. Kurz danach kam ja der Bundesparteitag der Grünen. Offensichtlich war eine Mehrheit auf dem Bundesparteitag der Grünen für diesen Deal wichtiger als die Information, als die Debatte mit dem Parlament. Mitten in der Energiekrise hat das Industrieland Nummer eins eine Energieministerin, der die eigene Partei wichtiger ist als das Land, als die Zukunft der Unternehmen hier in diesem Land.

Wäre das nicht schlimm genug, kann man sich ja fragen, was denn eigentlich der Ministerpräsident macht. Der ist mit hoher Wahrscheinlichkeit auf Staatsbesuch, verleiht Orden. Wenn man sich dessen Kalender ansieht, kann man auf jedem Fall feststellen: Vor lauter Kür kommt der Ministerpräsident gar nicht mehr zur Pflicht. Eigentlich müsste man mal nachfragen, in welchem Referat der Staatskanzlei im Moment am meisten Überstunden anfallen. Ich glaube, es ist das Protokollreferat; denn Wirtschafts- und Energiepolitik hat dieser Ministerpräsident, hat die CDU komplett an die Grünen ausgelagert, und das sind fatale Nachrichten für unser Land.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Ein drittes Beispiel, wenn es um politischen Stil geht: die Debattenkultur. Da bin ich wieder beim Haushalt, bei diesem Expressverfahren. Dieser Haushalt hätte doch schon vor vier Wochen vorliegen können. Diese Landesregierung hat einfach die Daten aus der Steuerschätzung im Mai genommen, und das ohne Korrektur, ohne einen Abschlag zum Beispiel auf Grundlage von aktuellen Prognosen der Wirtschaftsforschungsinstitute vorzunehmen. Seien wir mal genauer: Diesen Haushalt hätte man schon im Juni vorlegen können.

Das Ergebnis war klar: ein finanzieller Schiffbruch mit Ansage. Dieser sogenannte Basishaushalt hielt genau einen Tag, weil die Steuerschätzung kurz danach zeigte, was zu erwarten war: Den Ländern fehlt eine Milliarde Euro im Vergleich zur entsprechenden Mai-Prognose. – Dann können wir immer noch große Abschlüsse, was die Unsicherheiten bei der wirtschaftlichen Entwicklung angeht, machen.

Seit Monaten diskutieren wir über die wirtschaftliche Lage. Wir diskutieren über den russischen Angriffskrieg und die Folgen. Wir diskutieren sowohl über

explodierende Preise im Bereich „Energie“ als auch allgemein über die Inflation. Seit Monaten wissen wir, dass es Entlastungen braucht, und nicht nur das Reden über Entlastungen und schon gar keine Belastung.

Seit Monaten wissen wir übrigens auch, dass sich die Länder wie alle staatlichen Ebenen an den Entlastungen beteiligen werden, beteiligen müssen, auch Nordrhein-Westfalen. Das sagt ja nicht nur die Opposition, so nach dem Motto „Tischlein deck Dich“, wie es der Kollege Schick eben ins Lächerliche zu ziehen versucht hat, sondern Landesregierung und Koalitionsfraktionen haben das immer wieder zugesagt.

Ende September – ich nehme Sie noch einmal ein bisschen mit zurück – hat hier an dieser Stelle der Ministerpräsident gesagt – ich zitiere –:

„Wir werden selbstverständlich unseren Teil des Entlastungspaketes des Bundes tragen.“

Heute im Kölner Stadt-Anzeiger sind auch von der stellvertretenden Ministerpräsidentin entsprechende Aussagen zu finden. Nun kann man ja darüber streiten, was „unseren Teil“ genau heißt. Faire Lastenverteilung ist dann eingefordert. Gehen wir mal von 50 % aus. Selbst wenn wir fifty-fifty nehmen, haben wir in diesem Basishaushalt schon jetzt eine Finanzierungslücke von drei bis vier Milliarden Euro. Das ist der Etat des Verkehrsministeriums, und zwar in Gänze.

Meine Damen und Herren, die Koalition verspricht zwar Beteiligungen am Bundespaket, sie trifft im Haushalt aber keinerlei Vorsorge. Diese Koalition verspricht zwar eigene Entlastungspakete, trifft im Haushalt allerdings keinerlei Vorsorge. Diese Koalition verspricht im Koalitionsvertrag, die Menschen zu entlasten, zum Beispiel bei den Kitabeiträgen, im Haushalt findet sich jedoch keinerlei Vorsorge. Keinen Pfifferling sind die Versprechen dieser Landesregierung und dieser Koalition wert. Auf das Wort dieser Regierung können sich die Menschen in diesem Land nicht verlassen.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Wenn man sich in einer so dynamischen Zeit, wenn man sich in einer Zeitenwende befindet, dann muss Politik den Mut haben, die großen, die langfristigen Fragen zu stellen und auch die großen Linien zu hinterfragen: Wie wollen wir eigentlich in Nordrhein-Westfalen in Zukunft leben? Wie sollen unsere Kinder lernen? Wie wollen wir arbeiten? Wie erhalten wir unseren Wohlstand? Wie schaffen wir vor allem neuen Wohlstand?

Im ersten Schritt muss dann Politik für diese großen Fragen Ideen haben, Grundlagen. Der zweite Schritt muss aber natürlich folgen. Ideen alleine reichen nicht. Man muss es ja auch umsetzen. Dafür ist ein Haushaltsentwurf da. Ein Haushaltsentwurf muss

dann konkrete Antworten auch auf diese großen Fragen liefern.

Dieser Haushaltsentwurf liefert allerdings keine Ideen. Dieser Haushaltsentwurf liefert im Wesentlichen die Verwaltung des Status quo, die Orientierung am kleinsten gemeinsamen Nenner von zwei Koalitionspartnern, ein bisschen mehr hier, ein bisschen mehr da. Sie sind an die kleinstmöglichen Stellenschrauben gegangen, aber nicht an eine große Frage. Das ist zu wenig. Das muss besser gehen. Wer sich nämlich nur am kleinsten gemeinsamen Nenner orientiert, wer sich immer nur an den größten Bedenkenträgern orientiert, der wird abgehängt, und zwar nicht irgendwann, sondern sehr, sehr schnell. NRW muss aber das Land sein, das sich an den mutigsten Ideen orientiert, und das fehlt in diesem Haushaltsentwurf.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Wir wollen kämpfen für ein Land, das es den Menschen einfach macht, für einen Staat, der es den Menschen einfach macht, für ein Land, in dem die Menschen gern leben, für ein Land, in dem Aufstieg durch Bildung möglich ist, ein Land, in dem Wohlstand gesichert wird.

Natürlich braucht es dafür Geld. Dafür braucht es Investitionen. Dafür braucht es politische Schwerpunkte. Dafür braucht es aber auch Politik, die über das reine Geldausgeben und über das immer weitere Neuerfinden von Programmen und Progrämmchen hinausgeht. Da muss man eben den Status quo infrage stellen, da muss man Leitplanken verschieben, da muss man raus aus der eigenen Komfortzone, weil die Menschen in Nordrhein-Westfalen mehr verdient haben als nur Mittelfeld.

Ich will auf drei Bereiche noch mal eingehen, in denen es mehr Akzente im Haushalt bräuchte, und zwar mit, aber eben zum Teil auch ohne Geld.

Punkt 1: Wirtschaft. NRW kann Industriekultur. Das wissen wir. NRW muss aber auch Industrie von morgen können. Ich habe eingangs das Alarmsignal BASF genannt. Das ist übertragbar auf viele Unternehmen in Nordrhein-Westfalen, und zwar auf die Großen in Industrie, Chemie, Stahl, aber auch auf die unzähligen kleinen und mittleren Betriebe, auf die Hidden Champions, auf das Handwerk, auf den Mittelstand.

Dieser Haushaltsentwurf müsste für den Wirtschaftsstandort der Zukunft sehr viel mehr tun. Das gilt zum Beispiel bei der Energie. Wir haben ja in den letzten Plenarwochen immer wieder darüber diskutiert. Natürlich muss es darum gehen, erneuerbare Energien auszubauen. Inwiefern der Kahlschlag bei kommunaler Planungshoheit mitten im Lauf da hilft, das bleibt allerdings fraglich.

Ich sage hier aber auch mal ganz deutlich: Wir brauchen in der jetzigen Krise auch alle heimischen Ener-

geträger, und zwar für den Übergang, als Brücke, weil wir es sonst gar nicht auf die andere Seite schaffen. Wer Import von Atomstrom, von Kohlestrom, von Fracking-Gas und von Erdöl begrüßt und die notwendige Infrastruktur ausbaut, der darf doch aber heimische Träger nicht pauschal ausschließen. Das ist Energiepolitik nach dem Motto: Wasch mich, aber mach mich nicht nass. Das ist aber kein Zukunftskonzept, sondern zum Scheitern verurteilt.

(Beifall von der FDP)

Es strapaziert übrigens auch die Geduld unserer europäischen Nachbarn. Wir brauchen aber dringend glaubwürdige Perspektiven für eine Energieversorgung, die sicher, die bezahlbar und die klimafreundlich ist. Es geht nicht um den einen Winter, sondern es geht langfristig um die Perspektive in der Energieversorgung. Das brauchen die Unternehmen, um hierzubleiben, um auch gerne in den Standort Nordrhein-Westfalen zu investieren.

Wir müssen über die Infrastruktur sprechen. Da steht diese Landesregierung bislang vor allem auf der Bremse, weil neben der Wirtschafts- und Energiepolitik die CDU auch die Verkehrspolitik an den Koalitionspartner ausgelagert hat – auch das ein fatales Signal. Es braucht mehr Investitionen. Wir brauchen den bedarfsgerechten Ausbau aller Verkehrsträger, natürlich aber auch intelligente Leitsysteme. Das brauchen die Unternehmen, aber auch die Menschen, um hierzubleiben und hier zu arbeiten, um hier zu investieren.

Wir müssen über die Genehmigungsverfahren sprechen. Natürlich müssen wir das beschleunigen – einverstanden. Ich glaube, wir müssen aber noch einen Schritt weitergehen. Wir müssen auch wieder vermehrt darüber sprechen, an welchen Stellen es denn überhaupt eine Genehmigung braucht. Denn das eine ist das beschleunigte Verfahren, das andere ist, eine Genehmigungspflicht in eine Anzeigepflicht oder Ähnliches umzuwandeln. Auch solche Signale brauchen die Unternehmen.

Diese Liste ist nicht abschließend, kann sie an dieser Stelle gar nicht sein. Da gibt es viel zu tun. Da gibt es vor allem mehr zu tun als in diesem Haushaltsentwurf steht. Aber schlimmer noch: nicht nur, dass Sie da nicht genug tun, wenn es darum geht, das Leben einfacher zu machen, egal, ob von Privatpersonen oder von Unternehmen, durch die Digitalisierung der Verwaltung kürzen Sie sogar Gelder. Und bei den Gründerstipendien, wenn es um die Förderung von neuen mutigen Ideen geht, kürzen Sie auch. Also: mit dieser Landesregierung nicht nur nicht das Notwendige, sondern von den Dingen, die gut laufen, sogar noch weniger. Das ist ein fatales Signal ans Land in diesen Zeiten.

(Beifall von der FDP)

Wir müssen über Bildung sprechen, individuelle Bildung mit motivieren Lehrkräften. Da müssen wir doch auf das Ziel „Beste Bildung – Bildungsland Nummer eins“ hinarbeiten, dass sich andere Länder an uns orientieren, wo Schülerinnen und Schüler von den besten Bedingungen profitieren, wo die besten Schulen in Stadtteilen mit den größten Problemen liegen, wo digitale und analoge Bildung bestmöglich ineinandergreifen.

Auch an dieser Stelle im Haushaltsentwurf allerdings nichts Neues, sondern das, was man kennt, ein bisschen mehr hier, ein bisschen anders da, aber keine neue Ideen.

Einen dritten Punkt will ich noch ansprechen. Da geht es um die Frage, dass jeder in Nordrhein-Westfalen nach seiner Fassung glücklich werden soll. Wir wissen aus Umfragen, dass sehr viele Menschen das in den eigenen vier Wänden machen wollen. Wir haben im vergangenen Jahr einen Meilenstein dafür entwickelt, nämlich ein Förderprogramm zur Absenkung der Grunderwerbsteuer für selbstgenutztes Wohneigentum. Es sollte eine Brücke sein bis hin zum Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer.

Herr Minister Optendrenk, was ist eigentlich mit diesem Programm passiert? Im Haushalt ist es nicht mehr zu finden. Planen Sie jetzt schon direkt die Umsetzung des Freibetrags? Wurde denn dieser Freibetrag in den Haushalt eingeplant? Oder wollen Sie das Programm still und heimlich auslaufen lassen, sozusagen als sinnvolle Ergänzung zur überbürokratischen Grundsteuer, für die Sie sich hier entschieden haben?

Ich kann nur sagen, Herr Minister: Sie sollten schnellstens für Klarheit sorgen, damit dieses Erfolgsprogramm nicht vor dem stillen und heimlichen Aus steht. – Wir Freien Demokraten werden dafür kämpfen, dass es diese Entlastung weiterhin gibt und die Menschen es einfacher haben, in die eigenen vier Wände zu kommen.

(Beifall von der FDP)

Dieser Basishaushalt wurde so spät eingebracht wie nie. Die Landesregierung hatte so viel Zeit wie nie, um ihn vorzubereiten, und trotzdem war die Beratungsgrundlage noch nie schlechter. Da ist mehr Traumschloss als Realität enthalten. Der schwarzgrüne Schlafwagen soll jetzt auch im kommenden Jahr fortgeschrieben werden. Ich kann Ihnen sagen: NRW wird nicht gestaltet, die Zukunft Nordrhein-Westfalens wird so nicht erfolgreich gestaltet, Eilverfahren hin oder her. – Wir werden die Zeit natürlich intensiv nutzen und Vorschläge einbringen, wie es besser geht, weil ich für uns sagen kann: Mit diesem Status quo geben wir uns nicht zufrieden. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall von der FDP)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herzlichen Dank, Herr Kollege Höne. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht deren Fraktionsvorsitzende Frau Schäffer.

Verena Schäffer^{*)} (GRÜNE): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Es sind herausfordernde Zeiten. Davon ist auch der Haushaltsentwurf 2023 geprägt. Das wurde ja eben in der Debatte schon so weit deutlich.

Es ist eine Zeit, in der ein souveräner und demokratischer Staat mitten in Europa brutal überfallen wird, Menschen von Bomben getötet, Frauen, Männer und selbst Kinder gefoltert, vergewaltigt und hingerichtet werden.

Die Menschen in der Ukraine und diejenigen, die zu uns nach Nordrhein-Westfalen fliehen mussten und müssen, können sich sicher sein, dass wir hier in Nordrhein-Westfalen weiterhin fest an ihrer Seite stehen werden.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Es ist eine Zeit, in der Frauen und Männer gemeinsam gegen ein autoritäres und frauenverachtendes System aufstehen und unter Lebensgefahr für „Frau, Leben, Freiheit“ demonstrieren.

Dabei haben sie unsere volle Solidarität, weil Frauenrechte Menschenrechte sind, und zwar überall auf der Welt.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Es ist eine Zeit, in der eine Jahreszeit nach der anderen neue Temperaturrekorde bricht und einer der wärmsten Oktober seit 1881 hinter uns liegt.

Während wir in der vergangenen Woche bei leckerem Eis die Herbstsonne genossen haben, schmilzt das ewige Eis und taut der Permafrost. Das sind zwei von vielen katastrophalen Entwicklungen in der globalen Klimakrise.

Ohne die Eindämmung der Klimakrise, den Erhalt unserer Wälder und den Schutz unseres Wassers und der Artenvielfalt können und werden wir das Versprechen an unsere Kinder nicht einlösen, ihnen gesunde Lebensgrundlagen zu hinterlassen. Deshalb müssen wir alles dafür tun, die Klimakrise zu bekämpfen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Es ist eine Zeit, in der die Auswirkungen der Coronapandemie noch immer zu spüren sind: gestörte Lieferketten, an die Grenzen der Belastbarkeit gehende Pflegerinnen und Pfleger, Krankenhäuser, die Stationen schließen müssen. Wir erleben ja auch jeden

Tag im Alltag, dass Freundinnen und Freunde oder Bekannte gerade eine Infektion durchmachen.

Das sind Zeiten mit vielen globalen und nationalen Herausforderungen. Und doch gibt es hier im Landtag Nordrhein-Westfalen auch einige Gewissheiten.

Der Landeshaushalt muss bis Ende des Jahres verabschiedet sein. Das hat uns das Landesverfassungsgericht ins Stammbuch geschrieben. Alle, die auf staatliche Zuschüsse angewiesen sind, brauchen Planungssicherheit. Soziale Einrichtungen, unsere Kommunen und Unternehmen müssen wissen, mit welchen Mitteln sie rechnen können und wie die Rahmenbedingungen aussehen.

Deshalb ist es richtig, dass wir heute über den Entwurf eines Landeshaushalts 2023 diskutieren, auch wenn wir wissen, dass es weitere Nachsteuerungen geben wird.

Die andere Gewissheit ist, dass es Kritik von der Opposition gibt. Ich kann die Kritik als überzeugte Parlamentarierin und Abgeordnete in Teilen sogar nachvollziehen. Das ist überhaupt keine Frage. Dieses Haushaltsverfahren ist aus Parlamentssicht natürlich alles andere als wünschenswert. Aber es sind im Moment eben auch keine normalen, keine geordneten Zeiten.

Klar ist auch: Kritik und Kontrolle, vor allen Dingen die Kontrolle, sind die Rolle des Parlaments. Die Frage ist aber nur: Wo liegt eigentlich die Grenze zwischen konstruktiver Oppositionskritik auf der einen Seite und billiger Polemik auf der anderen Seite?

(Zurufe von Kirsten Stich [SPD] und Henning Höne [FDP])

In Ihren Reden, Herr Kutschaty, Herr Höne, ist das Pendel eindeutig in Richtung Polemik ausgeschlagen. Das finde ich sehr schade.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU – Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD] – Weiterer Zuruf von der SPD: Unglaublich!)

Mit der Glaskugel durch die Krise: So hört sich das an, wenn man hier CDU, Entschuldigung, SPD und FDP sieht.

(Lachen und Beifall von der SPD)

Man sieht: Wir hängen alle noch in den alten Mustern fest.

(Andreas Keith [AfD]: So austauschbar ist man!)

Ich glaube, davon kann sich hier auch keiner freisprechen.

Mit der Glaskugel durch die Krise: So klingen die Reden von Herrn Kutschaty und von Herrn Höne. Mit welcher Leichtfertigkeit Sie hier behaupten, man hätte die Kostenbeteiligung des Landes an dem Entlastungspaket einrechnen müssen! Ich finde das unehrlich.

Sie prangern ja nicht nur das kurze Haushaltsberatungsverfahren an, sondern kritisieren auch, Herr Kutschaty, dass die Landesregierung einen Entwurf vorlegt, der im Prinzip jetzt schon überholt ist. Ja, da muss man sich dann halt entscheiden. Sie können das eine nicht ohne das andere haben. Denn die neuen Grundlagen liegen uns ja noch gar nicht vor. Sie werden hoffentlich heute Abend geschaffen werden, wenn endlich der Bund, wenn endlich Christian Lindner im Bund dann auch Klarheit geschaffen hat.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die MPK verhandelt heute ja nicht nur die geplanten Entlastungen des Bundes, sondern auch die Regionalisierungsmittel, die Energiekosten für den ÖPNV, die Beteiligung des Bundes an der Flüchtlingsfinanzierung und die Krankenhausfinanzierung. Mitnichten ist zu diesem Zeitpunkt klar, wie hoch die Kosten für die Länder tatsächlich sein werden.

(Henning Höne [FDP]: Das hätte man ja mal reinschreiben können!)

Wer etwas anderes behauptet, der mag vielleicht eine Glaskugel haben und auch einen Blick in diese Glaskugel geworfen haben. Aber wir als schwarz-grüne Koalition haben schon den Anspruch, auch seriöse Haushaltspolitik mit echten Zahlen zu machen.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Wir werden hoffentlich heute Abend die konkreten Zahlen für den Haushalt kennen. Wir werden hoffentlich heute Abend auch wissen, wie die konkreten Hilfen ausgestaltet sein werden. Dass es Hilfen geben muss, ist doch völlig unumstritten.

Da möchte ich auch noch etwas in Richtung SPD sagen, weil es mich langsam wirklich ärgert und nervt, dass Sie immer wieder diese alte Erzählung „Nordrhein-Westfalen blockiert das Entlastungspaket des Bundes“ hier verbreiten. Das stimmt einfach nicht. Sie wissen auch, dass das nicht stimmt. Wir haben immer gesagt: Natürlich trägt Nordrhein-Westfalen auch seine Verantwortung und wird Kosten übernehmen.

Aber wenn der Bund ein Paket mit 19 Milliarden Euro für die Länder und 3 Milliarden Euro für die Kommunen vorlegt, können wir doch nicht hingehen und sagen: Ja, alles klar; das werden wir natürlich übernehmen. – Natürlich machen wir das nicht, sondern gehen in die Verhandlungen mit dem Bund.

Thomas Kutschaty, bei aller persönlichen Wertschätzung, die ich für dich habe, bin ich wirklich froh, dass du nicht mit am Verhandlungstisch in Berlin sitzt. Denn mit dieser Verhandlungsstrategie der SPD würde Nordrhein-Westfalen garantiert mit leeren Händen da herausgehen.

(Anhaltender und lebhafter Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Das erleben wir doch jeden Tag in Gesprächen: Viele Menschen machen sich im Moment große, große Sorgen:

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

die alleinerziehende Mutter, bei der das Geld schon heute hinten und vorne nicht ausreicht; die Rentnerin, deren Rente so klein ist, dass sie auch schon vor der Energiekrise zu Hause einen dicken Pullover angezogen hat, um die Heizkosten niedrig zu halten; die Unternehmerin, die irgendwie noch durch die Coronapandemie durchgekommen ist und jetzt mit voller Wucht von der Energiekrise getroffen wird; die Wohlfahrtsverbände, die Beratungsstellen und die Einrichtungen, die uns allen doch berichten, dass sie sich nicht nur Sorgen um ihre Klientinnen und Klienten, ihre Gäste in den Einrichtungen, wegen der hohen Kosten – der Lebensmittelkosten, der Stromkosten, der Heizkosten – machen, sondern sich auch große, große Sorgen um die Kosten für ihre eigenen Einrichtungen machen. Deshalb brauchen wir diese Klarheit vom Bund. Wir müssen wissen, was da kommt.

(Zuruf von der SPD)

Erst dann, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, wenn wir wissen, was der Bund macht, können wir sagen, was wir in Nordrhein-Westfalen auflegen müssen. Man muss diese Schrittigkeit doch mitdenken.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Ich kann einfach nicht nachvollziehen, wie Sie sich hier aufstellen.

(Kirsten Stich [SPD]: Andere Bundesländer können das!)

Ich muss eins sagen. Ich hab lange und schon in vielen Debatten überlegt, ob ich es hier einmal ansprechen soll oder nicht, aber ich tue es jetzt. Ich finde es schon bemerkenswert, dass ausgerechnet die SPD-Fraktion hier im Parlament immer am lautesten schreit, die Partei, die unser Land in den vergangenen Jahren aufgrund einer völligen Naivität in die Abhängigkeit der fossilen Energien Russlands gebracht hat.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU – Zuruf: So sieht es aus!)

Ein bisschen mehr Selbstreflexion, ein bisschen Selbstkritik – das ist doch nicht zu viel verlangt.

(Kirsten Stich [SPD]: Unverschämtheit! – Weitere Zurufe von der SPD)

Ich finde, Selbstkritik ist nicht zu viel verlangt. Das gilt für die SPD-Fraktion und im Übrigen auch für die FDP-Fraktion, lieber Henning Höne.

(Jochen Ott [SPD]: Das gilt insbesondere auch für die Grünen!)

Wer jahrelang den Ausbau der Erneuerbaren verhindert und heute mit Atomkraft und Fracking zwei Technologien fordert, bei denen in aller erster Linie das Risiko sicher ist, wer sich heute hier hinstellt und fordert: „Wir brauchen die heimischen Energieträger“, statt für den Ausbau der echten Freiheitsenergien zu sorgen, wer vor drei Wochen hier im Parlament noch gesagt hat, der Kohleausstieg 2030 sei eine unrealistische Träumerei, der sollte in dieser Debatte ein bisschen sparsamer mit Kritik sein. Mit Glaubwürdigkeit hat das nichts zu tun.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU – Zuruf von Jochen Ott [SPD] und Henning Höne [FDP])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Nordrhein-Westfalen ist ein Land mit vielen Herausforderungen. Eine der größten Herausforderungen ist das Thema „Armut“. Deshalb brauchen wir die Stärkung der sozialen Infrastruktur als Rückgrat unserer Gesellschaft. Dazu gehören viele Einrichtungen: die Tafeln, die Wohnungs- und Obdachlosenhilfe, die Frauenberatungsstellen, die Frauenhäuser, die Empowerment-Projekte für Mädchen aus benachteiligten Familien und für Mädchen mit Migrationsgeschichte, die Antidiskriminierungsstellen, die Familienzentren. Es gibt viele weitere Einrichtungen der sozialen Infrastruktur.

Weil Sparen an der Infrastruktur, an diesen sozialen Einrichtungen das absolut Falscheste wäre, was man in dieser Krise machen könnte, ist es so relevant, was in Berlin bei den Verhandlungen herauskommt. Denn im Kern der Verhandlungen heute Abend geht es doch um Folgendes: Es ist ein Ebenen-Konflikt. Es geht darum, wer was bezahlen wird und bezahlen muss. Es geht darum, dass wir in Nordrhein-Westfalen und unsere Kommunen handlungsfähig sind und dass Sozialpolitik auf kommunaler Ebene überhaupt gemacht werden kann.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich persönlich bin mir absolut sicher, dass unsere Enkel und Kinder uns eines Tages nicht dafür danken werden, dass wir Ihnen eine schwarze Null und dafür einen kaputten Planeten hinterlassen haben. Ich bin überzeugt davon, dass wir uns aus der Krise nicht heraussparen können.

(Jochen Ott [SPD]: Sieht das die CDU auch so? Hat die CDU ihre Position geändert?)

Es ist doch gerade jetzt die Zeit für mehr Klimainvestitionen, damit wir über die nächsten Winter kommen und unsere Kinder noch eine Zukunft auf diesem Planeten haben.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU – Jochen Ott [SPD]: Interessant, dass die CDU ihre Position gedreht hat!)

Die Auswirkungen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine treffen uns hart – insbesondere deshalb, weil wir so abhängig von den fossilen Energien sind. Es geht nicht nur um diesen und um den nächsten Winter, sondern es geht um die Energieversorgung der Zukunft.

Es geht beim Klimaschutz um nichts weniger als um die Freiheit der zukünftigen Generation. Das hat uns das Bundesverfassungsgericht noch einmal sehr deutlich gesagt. Deshalb handeln wir als schwarz-grüne Koalition sehr konkret mit dem Kohleausstieg 2030 und mit dem Einstieg in wichtige Klimaschutzinvestitionen. Klimaschutzinvestitionen sind Zukunftsinvestitionen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Über 300 Millionen Euro haben wir für den Klimaschutz und die Energiewende vorgesehen. Ich freue mich sehr, dass auch die SPD nun endlich sagt, dass der Kohleausstieg 2030 wichtig ist. Das klang im Wahlkampf noch ein bisschen anders. Im Wahlprogramm war überhaupt kein Datum genannt. Ich freue mich, dass wir Sie jetzt endlich auf unserer Seite haben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir werden in das Thema „Wasserstoff“ investieren. Wir stärken das Handwerk, und wir sehen die Kommunen als wichtige Partner an, die den Klimaschutz vor Ort machen.

(Jochen Ott [SPD]: Das werden wir sehen! – Zuruf Henning Höne [FDP])

Ich freue mich sehr, dass wir mit dem Haushalt 2023 die Energieberatung bei der Verbraucherzentrale unterstützen werden. Denn eins ist klar: Wenn wir es schaffen, mehr Energie einzusparen, dann macht uns das unabhängiger von Kohle, Gas und Diktaturen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Doch wir wissen, dass bei allen Anstrengungen, die jetzt im Klimaschutz notwendig sind, die bisherige Erderwärmung katastrophale Auswirkungen auf unser Leben hat. Die Hochwasserkatastrophe im letzten Jahr, der Dürre- und Hitzesommer, die Waldbrände – das alles ist längst Realität. Deshalb werden wir unsere Kommunen dabei unterstützen, klimaresilienter zu werden. Wir werden den Hochwasserschutz stärken und dafür sorgen, dass wir bei einer Katastrophe handlungsfähig sind. Dass wir das sein müssen, das haben wir im letzten Jahr bei der Hochwasserkatastrophe gesehen.

Wir werden den Katastrophenschutz auf Landesebene stärken. Wir werden eine neue zentrale Landesstelle für den Katastrophenschutz einrichten. Wir werden die anerkannten Hilfsorganisationen weiter unterstützen. Wie verletzlich unsere Infrastruktur ist – insbesondere auch durch Cyberattacken –, ist uns

doch in den letzten Wochen noch einmal sehr deutlich vor Augen geführt worden.

Klimaanpassung, Katastrophenschutz und Krisenvorsorge sind also kein Nice-to-have und auch keine Sandkastenspielerei von irgendwelchen Innenpolitikerinnen und Innenpolitikern, sondern elementare Notwendigkeit für unsere Sicherheit.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Wir reden heute viel über Krisen, über den Krieg, die Energiekrise, die Klimakrise oder die Coronapandemie, aber all das darf nicht über eine weitere ökologische Krise hinwegtäuschen: das Artensterben.

Wir müssen die Krisen zusammen denken und zusammen lösen. Die biologischen Stationen sind wichtige Akteure, aber genauso sind es die Partnerinnen und Partner, die Einrichtungen im Bereich der Bildung für nachhaltige Entwicklung.

Diese leisten eine unverzichtbare Arbeit, und auch sie stärken und unterstützen wir mit diesem Haushalt.

Wir wissen aber auch, dass mit unserer Natur, mit unserer Umwelt nicht jeder so achtsam umgeht. Ein starker Umweltschutz bedeutet deshalb, dass wir Umweltkriminalität konsequent verfolgen.

Wer Abfall illegal entsorgt, wer Flüsse verschmutzt oder geschützte Tierarten schmuggelt, bedroht unsere natürlichen Ressourcen. Wir werden in Zukunft die Straftaten der Umweltkriminalität mit einer eigenen Staatsanwaltschaft noch besser verfolgen. Der Haushaltsentwurf 2023 legt den richtigen Grundstein für eine effektive Strafverfolgung; denn zum einen bekämpfen wir damit die Kriminalität und insbesondere die Organisierte Kriminalität, und zum anderen schützen wir unsere Natur und Umwelt konsequent.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Nichts von diesen Erhöhungen ist Schnickschnack oder ein Luxus, den wir uns noch zusätzlich leisten. Im Gegenteil: Alles davon ist notwendig, um unseren Kindern eine lebenswerte Zukunft zu ermöglichen.

Die FDP hat in einer Pressemitteilung erklärt, NRW hätte die Kosten für das Entlastungspaket einpreisen sollen; Herr Höne hat es hier am Rednerpult gerade noch einmal gesagt. Abgesehen davon, dass wir aktuell gar nicht wissen, welche Kosten konkret auf uns zukommen werden, frage ich mich schon, auf welche Ausgaben Sie dann verzichtet hätten? Diese Frage müssten Sie auch als Oppositionsfraktion beantworten, Herr Höne. Hätten Sie auf die Fortsetzung der Sprach-Kitas, auf die Kita-Alltagshelfer und auf die Weiterführung des OGS-Helferprogramms verzichtet?

(Zuruf von der SPD: Was heißt das denn dann?)

Hätten Sie den Start der Krankenhausplanung verschoben und die Mittel für die Childhood-Häuser verweigert?

(Zuruf von der FDP)

Ich bin mir bei einer Sache,

(Zuruf von der FDP)

auf die die FDP verzichtet hätte, sehr sicher, und zwar ist das

(Zuruf von der FDP)

der Tarifvertrag „Entlastung“. Das hätten Sie nicht gemacht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir finden aber, dass es wichtig ist, dass die Beschäftigten in den patientennahen Berufen, an den Universitätskliniken in Nordrhein-Westfalen entlastet werden und wir

(Zuruf von der FDP)

für gute Arbeitsbedingungen sorgen. Eine gute Pflege braucht gute Arbeitsbedingungen, und deshalb ist auch der Tarifvertrag „Entlastung“ wichtig.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

In diesen herausfordernden Zeiten ist der Haushaltsentwurf trotz des Wissens, dass wir aufgrund der Verhandlungen und vielen weiteren Unsicherheiten nachsteuern werden müssen, eine gute Grundlage. Er ist deshalb eine gute Grundlage, weil er zeigt: Wir sind mit den Menschen in und aus der Ukraine solidarisch. Wir stärken den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Wir stärken den Klimaschutz. Wir übernehmen Verantwortung gegenüber den künftigen Generationen. – Ich freue mich auf die weiteren Haushaltsberatungen. Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank, Frau Kollegin Schäffer. – Für die Fraktion der AfD spricht der Fraktionsvorsitzende Herr Dr. Vincentz.

(Beifall von der AfD)

Dr. Martin Vincentz (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ein Sturm zieht auf, aber keine Sorge: Das hat nichts mit dem Klimawandel zu tun; man könnte auch sagen: schon wieder nicht. Es ist auch nicht Konrad Adenauer, der nach den Reden der Regierungskoalition schneller im Grab rotiert als jede Windturbine.

Unsere Wirtschaft, die uns zuverlässig durch alle Krisen der Vergangenheit getragen hat, ist ins Stocken geraten, und der Boom der letzten Dekaden baute vor allem auf fünf großen Säulen auf.

Erstens: billiges russisches Gas. „Wird schon schiefgehen“, war die Devise. Es ist schiefgegangen.

Zweitens: billige Arbeitskraft und großer Absatzmarkt beim demokratischen Musterknaben und Menschenrechtsconnaissanceur China – super!

Drittens: Verteidigung durch die USA. Dank des Friedensprojekts „EU“ wird es keinen Krieg in Europa geben. Wofür brauchen wir dann noch eine teure Bundeswehr? So hieß es doch aus Ihren Fraktionen.

Viertens: günstige Demografie. Der große Schwall „Babyboomer“ stieg mit jedem Jahr in der Erwerbsbiografie und zahlte mehr Steuern; eine einfache Rechnung. Dieser Effekt kommt mit dem Renteneintritt zum Erliegen. So warnte nun der Arbeitgeberpräsident Dulger, dass das System bereits innerhalb der nächsten fünf Jahre kollabieren könnte, wenn die Politik nicht irgendwann einmal handelt.

Fünftens: die deutschen Hidden Champions. Sie schafften es bislang trotz Ihrer Politik. Das sind diejenigen, die Steuern zahlen, Jugendliche ausbilden, auf der ganzen Welt erfolgreich sind und nun immer häufiger ihren Laden schließen müssen, weil sie die Energie zur Fertigung nicht mehr bezahlen können, unser Schulsystem ihnen keine Fachkräfte mehr liefert und man in Deutschland eher Cannabis kaufen kann, als einen Neuvertrag für Gas abzuschließen.

(Beifall von der AfD)

Fünf von fünf Säulen sind umgestoßen, wackeln oder bröseln in sich zusammen wie die konservativen Hoffnungsträger Merz und Wüst. Anstatt einer Politik, die die Situation umsichtig analysiert bzw. nachjustiert, haben wir einen neuen Typus „Politiker“. Den neuen Regierenden geht es gar nicht mehr darum, das Modell „Deutschland“ zu erhalten; es ist ihnen nicht wichtig, dass die Wirtschaft brummt.

Im Gegenteil: Wohlstand ist etwas, das aus Ihrer Sicht nicht durch eigene Anstrengung kreierte wird, sondern nur auf dem Rücken anderer erwirtschaftet werden kann. Wachstum ist für Sie nicht das Entwachsen aus Schulden und das Versprechen, dass es der nächsten Generation besser geht, sondern die Ausbeutung von Mutter Erde. Gründergeist ist eine Diskriminierung der Einfallslosen und eine warme Wohnung fehlende Solidarität. Geschlechter sind relativ und wechselhafter als das Wetter – Wetter: mit Ihnen eh ein schwieriges Thema. Über Meinungsfreiheit spricht man generell besser nicht, und Krieg ist natürlich Frieden.

Die neuen Regierungen machen Politik nicht für, sondern zur Not gegen die Bevölkerung und deren expliziten Willen. Ministerpräsidenten betreiben lieber Weltinnenpolitik, als den Aufgaben nachzugehen, für die sie gewählt wurden.

(Beifall von der AfD)

In dieser – manche sagen Mutter aller Krisen – „Alles Bubble“, die durch die ultralockere Geldpolitik Ihrer Parteien verursacht wurde und in der weite Teile der Bevölkerung einen immensen Wohlstandsverlust hinnehmen müssen, bauen Sie sich für eine Viertel-milliarde Euro einen Prunkbau als Erweiterung des Landtags. Weniger Taktgefühl und weniger Respekt vor der aktuellen Lage der Bürger kann man kaum zum Ausdruck bringen.

(Beifall von der AfD)

Die aktuelle Krise ist aber keine alleinige Folge externer Umstände, wie Sie das zu suggerieren versuchen, denn zum Teil ist das genauso gewollt oder wird zumindest billigend in Kauf genommen. Im Kern ist es genau das, was eine grüne Politik in der Realität eigentlich bedeutet, nämlich eine unerschwingliche Energie, die zum Sparen zwingt, und ein Nudging dort, wo es wehtut, nämlich im Geldbeutel, um vermeintlich die Welt zu retten – „Ist ja nur Geld“, wie Habek es formulierte –, während im Winter Kinder in kalten, dunklen, schimmeligen Wohnungen sitzen.

Für viele galt bislang: Ich lasse die Politik in Ruhe, und dafür lässt sie mich hoffentlich auch in Ruhe. Die Wahlbeteiligung spricht Bände. Bei den Erstwählern würden die Nichtwähler mittlerweile die absolute Mehrheit stellen. Dass das nicht funktioniert, wussten übrigens schon die alten Griechen: „Ist dir die Politik zu schmutzig, so wird sie von denen gemacht, die damit kein Problem haben.“

Daran hat sich im Kern leider nichts geändert. Das dämmert langsam selbst denen, die über Jahrzehnte nicht mehr zur Wahlurne gegangen sind. Sie begeben sich auf die Straße für eine Politik, die sich für ihre Interessen einsetzt, nicht für irgendeine Ideologie oder einen Kult.

Hendrik Wüst ist nun offensichtlich auch dem Doomsday-Glauben der Grünen verfallen und hat alle irdischen Belange seiner Wählerschaft hinter sich gelassen. Das 1,5-Grad-Ziel ist der neue Götze, dem alles untergeordnet wird, der große Umbau der Gesellschaft der neue Fixpunkt. Alle müssen den Gürtel enger schnallen, um den Planeten zu retten. Wohlstand für alle, Herr Schick, das war allerdings gestern.

(Beifall von der AfD)

Sie verkennen, dass Sie als Besserverdienende sich 20 % mehr an der Supermarktkasse leisten können. Aber bei einer Armutsgefährdungsquote in NRW von rund einem Fünftel wird Ihre Forderung nach Verzicht für viele existenzbedrohend.

Längst ist Armut dabei kein Problem mehr von Arbeitslosen alleine; mittlerweile können sich selbst viele Berufstätige das tägliche Leben nicht mehr leisten. Laut Erhebung der Sparkasse bleibt bereits jetzt bei 60 % der Menschen am Ende des Monats nichts

mehr übrig. Merken Sie überhaupt noch was? Ihr qua religiöser Eifer schlägt alle Bedenken. Kein Land der Welt hat so viel Geld in den Umbau des Energiesystems gesteckt – mit dem teuersten Strompreis Europas als direkte Folge.

Das Wall Street Journal bezeichnete dies 2019 als „die dümmste Energiepolitik der Welt“. Für die Grünen und ihre Anhänger in allen Parteien ist das kein Zeichen des Scheiterns, nein, sondern eine Probe ihres Glaubens. Jetzt müsse noch mehr ausgebaut werden, noch schneller, noch härter. Die Menschen müssen noch mehr sparen, noch schneller raus aus der Kohle, nun schon 2030 statt 2038.

Kohle war im ersten Halbjahr 2022 übrigens mit 81 % der mit Abstand wichtigste Energieträger zur Bruttostromerzeugung. Aber immerhin spare der Ausstieg 280 Millionen Tonnen CO₂. China stößt diese Summe übrigens in 9 Tagen aus. Koste es die anderen, was es wolle, die Altbauschickeria aus den besseren Vierteln will sich besser fühlen.

Sozialer Frieden wurde mit immer steigenden Sozialausgaben und Subventionen für die Wirtschaft erkaufte. Die deutsche Redensart „spare in der Zeit, so hast du in der Not“ wurde völlig aus dem Blick genommen.

Die Staatsverschuldung, vor allem die implizite – Infrastruktur und soziale Verpflichtungen –, ist geradezu explodiert. Jeder dritte erwirtschaftete Euro fließt mittlerweile in Sozialabgaben. Dennoch platzen die Tafeln aus allen Nähten. So gut hat Ihre Umverteilung funktioniert, so tief gehen mittlerweile die Probleme.

Es geht gar nicht mehr darum, ob eine Pleitewelle, eine Rezession überhaupt über uns hereinschwappt, sondern nur noch wie heftig. Selbst völlig aus der Zeit gefallene Fragen wie: „Gibt es noch genügend Gas und Strom im Winter?“, sind mit Ihnen wieder aktuell. Sie werden Sinnbild des Abstiegs. Mit Wüst kommt die Verwüstung unseres Wirtschaftsstandortes. Der Unterschied zwischen NRW und der Titanic ist, dass beim Untergang der Titanic am Ende noch die Lichter an waren.

(Beifall von der AfD)

Alles hängt bei Ihnen davon ab, ob Sie die Physik besiegen können, ob Strom und Gas tatsächlich einfach erscheinen, wenn man es sich nur stark genug wünscht. Und wenn nicht: Es ist ja nur Geld – Sie erinnern sich. So sprechen Menschen, die in staatlich beheizten Büros sitzen, deren Einkommen nicht von ihrer Leistung abhängt. Sie haben sich so weit von der Realität der Menschen in diesem Land entfernt, dass sie nur noch mit Verachtung auf die schauen, die die Probleme tatsächlich benennen.

(Beifall von der AfD)

So werden Probleme aber nicht gelöst.

Schule ist dafür ein gutes Beispiel. Der wichtigste Faktor zur Zukunftsfähigkeit eines rohstoffarmen Landes ist die Anzahl seiner klugen Köpfe. Aber auch hier scheitern Sie. NRW hat ausgerechnet bei der Bildung über Jahre gespart. Die Pro-Kopf-Ausgaben pro Schüler sind die geringsten im gesamten Bundesgebiet. Das blieb nicht folgenlos. Mittlerweile erfüllen über 20 % der Grundschüler nicht einmal die Mindeststandards im Lesen, Schreiben und Rechnen. Schlimmer noch: Eine zunehmende Anzahl von Schülern verlässt die Schule ganz ohne Abschluss, in Städten wie Gelsenkirchen mittlerweile rund 8 %.

Solange das Grundproblem einer destruktiven Hyper-Heterogenität in den Klassenzimmern besteht, gibt es für den Lehrer kaum die Möglichkeit, eine Lernatmosphäre zu schaffen, in der jeder profitiert. Lehrer sollen bei Ihnen Sozialarbeiter, Seelsorger, Familientherapeuten, Mediator, Supervisor, Gemeinwesenmitarbeiter, Multikulti- und Digitalisierungs-Experte, Inklusionsfachmann, gesellschaftliche Feuerwehr, Entertainer, Greenpeace-Aktivist und Klimaschutzbeauftragter sein. Das wird nicht funktionieren. Das kann nicht funktionieren, wenn Sie die Schule sich nicht wieder auf das Wesentliche fokussieren lassen: die Wissensvermittlung.

(Beifall von der AfD)

Dann verlieren Sie nämlich nicht nur eine ganze Generation Jugendlicher, sondern auch eine ganze Generation Pädagogen. Die neue soziale Gleichheit bei Ihnen, die Sie mit Ihrer Schulpolitik erreichen, hat lediglich zur Folge, dass niemand mehr etwas lernt.

Es braucht nach zwei Jahren der Unverhältnismäßigkeit von Maskenpflicht, Test- und Maßnahmenregimen, digitaler Fernbeschulung und eiskalten Klassenzimmern im Winter endlich ein tragfähiges Aufholpaket, um die schwersten Beeinträchtigungen der psychosozialen Gesundheit unserer Heranwachsenden als Folgen Ihrer Coronapolitik abzufedern und Lernrückstände wieder wettzumachen.

Da hört es aber nicht auf. Die Kinder müssen auch endlich wieder Schwimmen lernen können. Das ist kein Luxus, sondern Notwendigkeit. Es geht im Sommer an den vielen Gewässern NRW oftmals um Leben und Tod. Wenn ich dann aber von Eltern höre, dass sie, nachdem infolge der Coronapolitik der Schwimmunterricht quasi zwei Jahre lang ausgefallen war, nun einen der heiß begehrten Plätze ergattert haben und ihre Kinder jetzt aber einen Neoprenanzug mitbringen sollen, weil die Wassertemperatur im Schwimmbad im Kampf gegen Putin heruntergeregelt wurde, dann fasse ich mir nur noch an den Kopf: Was machen Sie da, bitte schön, mit unseren Kindern?

(Beifall von der AfD)

Und all das geschieht, während auch die Sporthallen erneut zweckentfremdet werden. Wieder sind unsere

Kommunen an der absoluten Belastungsgrenze, was die Aufnahme von Flüchtlingen angeht: Ein neues 2015, nur spricht keiner mehr darüber. Unsere Kinder dürfen aber nicht wieder die ersten Leidtragenden Ihrer völlig fehlgeleiteten Einwanderungspolitik werden.

In NRW leben alleine 74.000 ausreisepflichtige Personen. Das sind 74.000 Plätze, die blockiert werden, während die Kommunen händeringend Plätze suchen, um die neuen Zuzüge irgendwie zu händeln, nur weil Sie die Kontrolle über die Zuwanderung gänzlich verloren haben, nein schlimmer noch, weil Sie sie gar nicht mehr kontrollieren wollen, weil Sie gar nicht mehr wissen wollen, wer zu uns kommt oder gehen muss.

Kinder brauchen aber ausreichend Bewegung und Sport für ein gesundes Aufwachsen. Das haben Sie Ihnen während Corona lange genug vorenthalten. Wenn Sie das nicht gewährleisten können, dann haben wir in NRW keinen Platz.

(Beifall von der AfD)

Das alles ist leider nicht spurlos an unseren Kindern vorbeigegangen. Das zeigt sich allein bei den explodierenden Zahlen psychischer Erkrankungen. Versuchen Sie heute mal, im Ruhrgebiet einen Platz bei einem Psychotherapeuten zu bekommen. Dabei ist die häufigste Todesursache bei den 10- bis 25-Jährigen nicht etwa Corona – ich bitte Sie –, sondern Suizid.

Die nächsten fünf Jahre Regierungszeit müssen die Legislaturperiode der psychischen Gesundheit werden. Die Misere fängt aber nicht erst an den Schulen an. Im kommenden Jahr fehlen Ihnen knapp 102.000 Kita-Plätze. Um die Nachfrage zu decken, müssten rund 24.400 weitere Fachkräfte eingestellt werden. Wie unwahrscheinlich das ist, zeigt der leergefegte Markt. 75 % der Kita-Kinder werden bereits jetzt in Gruppen betreut, deren Personalschlüssel nicht den wissenschaftlichen Empfehlungen entspricht. Aber das Geld braucht man eben für Wohlfühlprojekte und den Kampf gegen die Physik in der Energiewende. Für qualitativ hochwertige frühkindliche Bildung ist dann eben nichts mehr übrig.

Wenn es um Personalaufwuchs geht, dann stellen Sie nicht an den Universitäten, in den Polizeipräsidien, Kitas oder in den Schulen ein, sondern in den Ministerien: hier alleine 180 neue Stellen plus 289 bei den Bezirksregierungen. Leider sind das fast die einzigen Jobs, die Sie in NRW schaffen, wie die verfestigte strukturelle Arbeitslosigkeit zeigt.

Eigentlich angetreten, um führendes Industrie- und Energieland zu sein, führen Grüne und CDU nur noch bei der Höhe der Grunderwerbsteuer, der Grundsteuer B und natürlich bei den Arbeitslosenzahlen. Gelsenkirchen mit 15 % und Duisburg mit

13 % sind Zeugen eines gescheiterten Strukturwandels.

Auf diesen Zustand trifft jetzt Ihre Energiewende. Allein der Braunkohleausstieg soll laut der Kohlekommission 120.000 Arbeitsplätze kosten. Das muss dann das grüne Wirtschaftswunder sein, von dem uns im Wahlkampf so viel versprochen wurde. Führende deutsche Wirtschaftsinstitute rechnen fest mit einer Rezession im Jahr 2023.

Immer wieder benutzen Sie den Überfall Russlands auf die Ukraine als alleinige Erklärung für Ihr Scheitern, beispielsweise für die exorbitant gestiegenen Energiepreise. Bevor Sie angefangen haben, Kohle- und Kernkraftwerke abzuschalten, die Preise für CO₂-Zertifikate in die Höhe zu treiben und über die EU Finanzierungsbeschränkungen für Explorationsvorhaben zu implementieren, lag der Börsenpreis für Strom bei 3 Cent pro Kilowattstunde. Ende 2021 lag der Preis dann bereits bei 20 Cent pro Kilowattstunde. Er hatte sich also ausschließlich durch Ihre Politik mehr als versechsfacht – und das alles vor dem Krieg.

Irgendwann wird man sich fragen: Womit wurde in Deutschland Licht gemacht, bevor es Kerzen gab? Richtig, mit Strom. Dann kamen Sie, die Zurück-ins-Mittelalter-Koalition.

(Beifall von der AfD)

Wenn es Ihnen bei all dem wirklich um die CO₂-Reduktion ginge, würden Sie nicht ignorieren, dass selbst der Weltklimarat, der IPCC, also nicht unbedingt unser Koalitionspartner, Kernkraft als geeignetes Werkzeug gegen den Klimawandel anerkannt hat.

Bei Ihren Windindustrieanlagen, die auf einem 5.000 t schweren Stahlbetonfundament stehen, seltene Erden wie Neodym benötigen, deren Verbundstoffe als Sondermüll entsorgt werden müssen, die teilweise in unseren Wäldern und Naturschutzgebieten gebaut werden sollen und mit Schwefelhexafluorid einen Stoff enthalten, der selbst laut „tagesschau“ von allen bekannten Substanzen die stärkste Treibhauswirkung hat – 22.800-mal so stark wie die identische Menge Kohlendioxid, und wenn er einmal in die Atmosphäre gelangt ist, dauert es mehr als 3.000 Jahre, bis er sich wieder zersetzt und unwirksam wird –, kann man nun wirklich nicht mehr von „nachhaltig“ oder „umweltschonend“ sprechen. Ihre erneuerbaren Energien verhalten sich zum Umweltschutz so wie Gas aus Katar zur feministischen Außenpolitik.

(Beifall von der AfD)

Unsere Frage, die mein Kollege Loose mantraartig wiederholt, wo Sie Ihren Flatterstrom denn speichern wollen, können Sie bis heute nicht beantworten; Sie haben schlicht keine Lösungen. Ihnen bleibt lediglich der Glaube an Ihre Ersatzreligion und laut Habeck die Hoffnung auf einen milden Winter. Na prima!

Religiösen Charakter hat bisweilen auch Ihr Festhalten an Ihren Coronanarrativen. Die gesamte Welt, mit Ausnahme von autoritären Staaten wie der Volksrepublik China – und natürlich von uns –, kehrt zurück zur Normalität.

Es gibt keine sterile Immunität bei der Impfung. Die Impfpflicht deswegen aufzuheben – bei Ihnen Fehl-anzeige!

In Pflegeheimen müssen Bewohner außerhalb ihrer Zimmer den ganzen Tag FFP2-Masken gegen einen Keim tragen, von dem selbst der Chef der Ständigen Impfkommision, Mertens, sagt, dass er längst endemisch sei. Einsicht oder Erbarmen? Fehl-anzeige! Im Gegenteil, es wird sogar wieder diskutiert, die Maskenpflicht auszuweiten.

Die kritische Infrastruktur wird durch Quarantänefälle belastet – darüber diskutieren wir heute noch –, eine staatlich angeordnete Quarantäne bei einer endemischen Erkrankung, gegen die mittlerweile mehr als 95 % der Menschen in NRW Antikörper aufweisen. Anstatt die Isolationspflicht aufzuheben, diskutieren Sie lieber, wie Sie die Infrastruktur vor Ihrer Politik schützen wollen.

Laut der Johns Hopkins University wurden am 25.10.22 offiziell weltweit 2.017 an COVID-19 Verstorbene gemeldet, davon 242 aus Deutschland. Mit anderen Worten: Das Land, das etwa 1 % der Weltbevölkerung beherbergt, stellt inzwischen gut 10 % der Pandemieopfer weltweit. Hier zeigt sich, wie Ihre total verzerrte Zählweise der Coronatoten alles Weitere ad absurdum führt. Sie halten aber am Panikmodus fest und nehmen alle Kollateralschäden in Kauf, anstatt endlich einzulenken.

Dafür soll nun die Landesanstalt für Medien weiter zur Zentrale gegen Desinformation und Hetze ausgebaut werden. „Wahrheit, vorgegeben vom Staat“ ist ein altes Erfolgskonzept. Was könnte dabei schon schiefgehen?

Genauso unvoreingenommen ist auch Ihr Einsatz gegen Extremisten. In dem Programm „Demokratie leben!“ der Landeszentrale für politische Bildung werden zu 82 % Projekte im Bereich „Rechtsextremismus“ und zu 15 % Projekte im Bereich „Islamismus“ gefördert. Die Bereiche „Linksextremismus“ und „Ökoradikale“ werden hingegen kaum bis gar nicht beleuchtet. Man kann die Landesregierung nicht mehr ernst nehmen in ihrem Bekunden, Extremismus, Hass und Gewalt, egal welcher Couleur, entschieden entgegenzutreten.

(Beifall von der AfD)

So kann man dann wohl Kunst – Tomatensuppenwerfern sei Dank – demnächst nur noch gründlich gefilzt wie am Flughafen und mit Abstand hinter Panzerglas betrachten und genießen. Bravo! Vielen Dank dafür. Hoffentlich sind Sie nicht gerade auf

einen Krankenwagen angewiesen, wenn wieder irgendwer auf der Straße klebt.

Die Energiepreisbremse war übrigens einer der Gründe dafür, warum seinerzeit die DDR in den Staatsbankrott schlitterte.

Als 1453 mit dem Fall Konstantinopels das Ende des Byzantinischen Reiches besiegelt wurde, führte man in der Stadt gerade eine leidenschaftliche Diskussion über das Geschlecht der Engel. So möchte ich frei mit Hegel schließen:

„Was die Erfahrung aber und die Geschichte lehren, ist dieses, daß Völker und Regierungen niemals etwas aus der Geschichte gelernt und nach Lehren, die aus derselben zu ziehen gewesen wären, gehandelt haben.“

Ich kann Sie nur auffordern: Machen Sie es besser! Beherrigen Sie meinen besten Spartipp in diesen schwierigen Zeiten: Wählen Sie Schwarz-Grün und die Ampel schlichtweg ab! Sie haben es jetzt noch in der Hand, ob es Roaring Twenties oder eine neue Great Depression gibt. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Mir liegt noch eine weitere Wortmeldung vor. Für die Landesregierung hat sich Minister Optendrenk noch einmal zu Wort gemeldet. Bitte schön, Sie haben das Wort, Herr Minister.

Dr. Marcus Optendrenk, Minister der Finanzen: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Es ist, glaube ich, angezeigt, noch ein paar wenige Hinweise zu den Punkten zu geben, die von Herrn Kutschaty und Herrn Höne angesprochen worden sind.

Herr Kutschaty, wenn Sie die Frage beantworten wollen, wer mitspielt: Wenn jemand etwas aufs Spielfeld wirft und anschließend wegläuft, ist es etwas schwer, von Mitspielern zu sprechen. Das ist im Grunde die Situation, die Herr Scholz wochenlang produziert hat.

(Beifall von der CDU)

Die Frage, was Sie als stellvertretender Bundesvorsitzender der SPD getan haben, um ihn aufs Spielfeld zurückzubringen, mögen bitte andere beantworten oder vielleicht Sie selbst hier noch.

Die Legende davon, dass wir nicht helfen und nichts tun, ist spätestens seit dem Nachtragshaushalt falsch gewesen; damals haben Sie diese Leier auch versucht. Wir investieren 900 Millionen Euro in Zukunftsthemen. Wir räumen Themen ab, die Sie nicht haben abräumen können. Wir gestalten Zukunft in den Bereichen, in denen Handlungsnotwendigkeiten wirklich evident sind und, dachten wir, in der letzten Wahlperiode, insbesondere zum Ende der Wahl-

periode, auch im Konsens dieses Hohen Hauses gesehen wurden.

(Zuruf von Nadja Lüders [SPD])

Wenn Sie dann behaupten, wir hätten noch immer nichts getan, muss ich sagen: Vielleicht haben wir es falsch deklariert. Wahrscheinlich hätten Sie den Nachtragshaushalt und den Basishaushalt als Doppelwumms deklariert. Wunderschön!

(Heiterkeit von der CDU)

Es bringt aber im Ergebnis nichts. Schauen Sie auf die Fakten.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Hier wurde ein Popanz aufgebaut, es gebe erst einmal vorläufige Hinweise und dass vielleicht der Koalitionspartner ... Herr Wüst hat doch schon in der Regierungserklärung deutlich gemacht, dass wir selbstverständlich eigene Akzente setzen, wenn wir wissen, was beim Bund nicht ausreicht.

Das entspricht exakt dem, was in der vergangenen Wahlperiode bei der Coronabekämpfung gemacht worden ist. Man hat geschaut, wo der Bund bestimmte Dinge nicht geregelt hat, und dann haben wir gemeinsam in diesem Land Dinge geregelt, die noch zu regeln waren, Lücken geschlossen und Verantwortung übernommen. Das ist die Aussage der Landesregierung. Deshalb bin ich Frau Schäffer sehr dankbar dafür, wie klar sie das formuliert hat.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Sie haben den Punkt „Investitionen“ angesprochen. Da kann ich nur noch den Kopf schütteln. Es sind immer Sozialdemokraten, die sagen, dass die volkswirtschaftliche und finanzstatistische Einordnung, was eine Investition sei, nicht so richtig passe, weil Investitionen in Köpfe, in Menschen doch auch Investitionen darstellten. Jetzt erklären Sie mir hier, dass die Investitionen in Köpfe, in Bildung, in Nachhaltigkeit, in Alltagshelfer, in Kitas, in Sprach-Kitas und Zuschüsse an andere – mit denen wir in Menschen investieren –, bei einem sehr geringen Absinken der Investitionen in Beton, schädlich seien. Das sei ganz schlimm. Wenn Ihr Investitionsbegriff stimmen sollte, haben wir Rekordinvestitionen in diesem Land.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Die FDP sollte sich noch einmal mit der Frage beschäftigen, ob es vielleicht hilfreich wäre, wenn sich der Bundesfinanzminister die Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern unter finanzpolitischen Gesichtspunkten noch einmal anschaute. Ich habe das hier in einer früheren Debatte schon einmal gesagt. Der Bundesfinanzminister gehörte früher selbst diesem Landtag an. Er weiß ganz genau, dass die

Herren Plisch und Plum seinerzeit 1968 und 1969 ganz klar gesagt haben: Die Konjunkturpolitik, also alles, was zur Grundlage der gesamtstaatlichen Wirtschaftspolitik gehört, soll in der Verantwortung des Bundes liegen.

(Zuruf von Marcel Hafke [FDP])

Entsprechend ist auch die Finanzverantwortung in der Verteilung von Steuern und Abgaben austariert. Nun sagen Sie: Die Länder haben dafür bei Corona weniger ausgegeben, weil all die Konjunkturkomponenten abgedeckt worden seien.

(Zurufe von Marcel Hafke [FDP] und Hendrik Schmitz [CDU])

Ja, klar. Der Bund wollte diesen Bereich seit 50 Jahren haben, hat ihn auch und verfügt über die Steueranteile. Ich kann nichts dafür, dass er sich genauso wie zuvor Herr Scholz dafür entschieden hat, alles über den laufenden Haushalt abzuwickeln, während die Länder dies weitgehend über Sondervermögen getan haben. Die Tatsache, dass die Kosten in einem Verhältnis von drei Vierteln zu einem Viertel getragen wurden, entspricht exakt den Vorgaben der Verfassung und dem, was fair ist.

Deshalb ist auch das, was hier jetzt ansteht, keine Frage von fifty-fifty. Die konjunkturellen Themen sind laut Verfassung Sache des Bundes. Uns sind die großen Verwaltungsblöcke und Personalkostenblöcke zugeordnet, die der Bund bis auf die Bundeswehr und den Zoll nicht hat. Deshalb ist es nicht richtig, von „fifty-fifty“ zu sprechen. Dies ist nämlich die unfairste Verteilung, die man sich vorstellen kann. Gleiches behandelt man bitte gleich und Ungleiches bitte ungleich. Die Verteilung von Verantwortlichkeiten im Föderalismus sollte man auch in der Verteilung der Kosten entsprechend abbilden.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN – Zuruf von Henning Höne [FDP])

Zum Thema „Grunderwerbsteuer“ ein redaktioneller Hinweis – das ist in der Tat etwas schwer zu finden, man hätte es nur im Haushalt 22 finden können –: Der Haushaltgesetzgeber hat in der vergangenen Wahlperiode keine Bindung der 400 Millionen Euro Grunderwerbsteuerhilfe an das Haushaltsjahr vorgenommen. Dadurch fließen diese Mittel über das Förderprogramm, das die NRW.BANK abwickelt, genauso lange weiter, bis die 400 Millionen Euro zu Ende sind. Deshalb und weil der bisherige Mittelabfluss – das hatten wir in der letzten Debatte auch vorgebracht – es nicht als wahrscheinlich erscheinen lässt, dass wir 2023 frisches Geld brauchen, haben wir keinen zusätzlichen Etat veranschlagt.

Das ist überhaupt kein Problem. Es liegen mehr als 20.000 zugesagte Bewilligungen vor, und es sind mehr als 100 Millionen Euro zugesagt. Das ist aber von den 400 Millionen Euro so weit entfernt, dass wir

2023 kein frisches Geld brauchen, um das Programm weiterzuführen.

(Beifall von Thorsten Schick [CDU])

Sie fragen, ob wir das jetzt auslaufen lassen wollen oder nicht. Dazu muss man etwas ganz anderes sehen. Der Bundesfinanzminister hat noch nicht mal eine Arbeitsgruppe einberufen, um das rechtliche Problem zu lösen, von dem wir alle wollen, dass es gelöst wird, damit die Möglichkeit besteht, eine eigene Landesregelung zu treffen. Wenn Sie also die Gelegenheit haben, mit ihm zu sprechen, dann sagen Sie ihm, er könnte seine Priorität an der Stelle vielleicht noch verändern.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Den kleinen Popanz bei den Straßenausbaubeiträgen verstehe ich ehrlicherweise auch nicht.

(Marcel Hafke [FDP]: Popanz?)

Im Haushalt sind weitere 65 Millionen Euro für die nächste Tranche enthalten. Auch ist das Problem überhaupt nicht, das wir das auf der Basis dessen, was wir gemeinsam gemacht haben, nicht zu 100 % erstatten wollten. Die rechtliche Regelung wird kommen. Das Geld für die Bürgerinnen und Bürger steht zur Verfügung.

(Henning Höne [FDP]: Wann kommt denn die Regelung? – Christian Dahm [SPD]: Im nächsten Basishaushalt, wenn das Konzept kommt! Am 23. Juni! – Henning Höne [FDP]: Welches Jahr?)

Wir werden das jetzt alles miteinander weiterbehandeln. Im Haushalt ist Geld vorhanden, sowohl aus den Resten aus dem Jahr 2022 als auch im Entwurf für das Jahr 2023. Wenn Sie dem zustimmen, werden die Bürgerinnen und Bürger ihren Anteil auch 2023 nicht zahlen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank, Herr Minister Optendrenk. – Ja, die Landesregierung kann so lange reden, wie sie möchte. Trotzdem ist es immer gut und nett, wenn man sich ein bisschen an die Zeitregeln hält. Die Landesregierung hat die Redezeit jetzt um 7 Minuten und 11 Sekunden überzogen. Diese Zeit steht natürlich auch den Fraktionen zu.

(Justus Moor [SPD], auf dem Weg zum Redepult: Noch nicht?)

– Nein, noch nicht. Sie müssen sich noch ein bisschen gedulden.

Ich sehe zu dieser Aussprache keine weiteren Wortmeldungen. – Doch, eine weitere Wortmeldung ist hier per Handzeichen eingegangen. Bitte schön, Herr Kutschaty. Sie haben das Wort für die Fraktion der SPD.

Thomas Kutschaty* (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Wenn Sie mich so nett auffordern, nutze ich die Gelegenheit, mich auch unkonventionell zu melden. Vielen Dank dafür. Denn ich muss noch zwei bis drei Sachen geraderücken.

Herr Optendrenk, Sie haben eingeräumt, die Investitionssumme sei gesunken bzw. werde mit diesem Haushalt sinken. Die Quote wird relativ, aber auch in absoluten Zahlen sinken. Sie reden sich jetzt heraus, indem Sie sagen, die Investitionen in Bildung, in Lehrerinnenstellen seien der Ersatz, und die müsse man mit draufrechnen. Haben Sie einmal festgestellt, wie viele Lehrerinnenstellen gerade unbesetzt sind? Sie können sich für Ihren Nachtrag mit den Investitionen abfeiern, aber wenn 1.000 neue Lehrerstellen geschaffen werden und jetzt schon 5.000, 6.000, 7.000 oder 8.000 Lehrerinnenstellen unbesetzt sind, dann ist das keine Investition in Bildung. Vielmehr machen Sie sich eine Spardose mit Mitteln für Stellen auf, die Sie nie ausgegeben werden.

(Beifall von der SPD und Henning Höne [FDP] – Sven Wolf [SPD]: Ganz genau! Die kriegen Sie eh nicht besetzt!)

Zu dem Thema „Kosten“: Haben Sie mitbekommen, dass mittlerweile die Länder einen höheren Anteil an Steuereinnahmen erhalten als der Bund? Wissen Sie auch, wem Sie das zu verdanken haben? Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, die den Finanzausgleich zu rot-grünen Zeiten neu verhandelt hat.

(Zuruf von der AfD)

Das ist das Ergebnis. Sie drehen die Geschichte um und sagen, der Bund würde blockieren, obwohl die Länder im Augenblick mehr Einnahmen als der Bund haben und der Bund trotzdem 300 Milliarden Euro auf den Tisch legt. Sie tun so, als ob es allein am Bundeskanzler hinge, ob jetzt etwas zustande kommt oder nicht. Nein, es waren Ihre CSU-Parteitage, die zum Schönwettermachen gebraucht wurden, um Kampagnen gegen die Ampel zu fahren und zu blockieren. Das ist der einzige Grund, warum es noch keine Einigung gibt.

(Beifall von der SPD, Dietmar Brockes [FDP] und Henning Höne [FDP])

Das ist parteipolitisches Taktieren. Sie befinden sich gerade in anderen Ländern in Wahlkämpfen und versuchen alles zu torpedieren, was die Bundesregierung auf den Weg bringen möchte.

Liebe Frau Kollegin Verena Schäffer, das war gerade ein dicker Auftritt von dir, das muss ich dir einmal deutlich sagen. Jede energiepolitische Entscheidung, liebe Verena, die in den letzten 27 Jahren hier in Nordrhein-Westfalen von SPD und von den Grünen getroffen wurde, haben wir gemeinsam getroffen.

(Beifall von der SPD)

Wir haben hier schon so lange regiert, so lange sind wir beide noch gar nicht dabei.

Man kann jetzt sicherlich darüber streiten, ob wir uns zu lange in die Abhängigkeit von fossilen Energien begeben haben. Da liegen wir wahrscheinlich inhaltlich nicht auseinander. Das ist ein Fehler gewesen, das räume ich ein. Aber du hast komplett vergessen, wer ganz maßgeblich dafür mitverantwortlich ist. Wir haben hier energiepolitisch alles gemeinsam gemacht – Rot und Grün zusammen –, während gleichzeitig die Kanzlerin deines jetzigen Koalitionspartners ganz maßgeblich die Energiepolitik Deutschlands bestimmt hat. Das gehört auch zur Wahrheit.

(Beifall von der SPD und Henning Höne [FDP] – Zuruf von der CDU)

Ich merke jetzt bei den Grünen eine gewisse Aufgeregtheit. Die kann ich aus eurer Sicht gut nachvollziehen.

(Zurufe von Heinrich Frieling [CDU] und Verena Schäffer [GRÜNE])

– Nein, nicht jetzt, sondern bei der Rede der Kollegin Schäffer gerade. So eine Aufgeregtheit kenne ich nicht.

Eure ganzen grünen Traumprojekte laufen euch nun davon. Die platzen gerade, und jetzt werden Schuldige dafür gesucht, warum nicht das umgesetzt wird, was ihr den Wählerinnen und Wählern versprochen habt.

(Beifall von der SPD und Henning Höne [FDP])

Egal ob in Lützerath oder auch bei anderen Kampagnen: Ihr habt etwas versprochen, was ihr nicht umsetzen könnt, und jetzt werden Schuldige gesucht. Das lassen wir aber nicht auf uns sitzen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor ich die nächste Aussprache eröffne, möchte ich nachträglich einen Ordnungsruf aussprechen. Dieser Ordnungsruf geht an Herrn Abgeordneten Wagner von der AfD.

Herr Abgeordneter Wagner, Sie haben sich in Ihrem Redebeitrag zum Tagesordnungspunkt 3 der 10. Plenarsitzung am 30. September 2022 gegenüber Herrn Bundeskanzler Scholz und den Herren Bundesministern Professor Dr. Lauterbach und Habeck

(Beifall von Sven Werner Tritschler [AfD] und Markus Wagner [AfD])

grob unparlamentarisch geäußert. Ich werde die Formulierung hier nicht wiederholen. Herr Abgeordneter,

